

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

103 (5.5.1931)



# Wirtschaftsfreund

50 JAHRE

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeter...  
Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeter...  
Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeter...

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern  
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk  
Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2,50 Mark...  
Bezugspreis monatlich 2,50 Mark...  
Bezugspreis monatlich 2,50 Mark...

Nummer 103

Karlsruhe, Dienstag, den 5. Mai 1931

51. Jahrgang

## Warnung vor gefährlichem Wege

Wirkliche Steuer- und Finanzpolitik statt Sozialabbau

Die Finanzlage des Reichs, der Länder und der Gemeinden hat sich aufs neue in bedrohlicher Weise verschärft. Die vor kurzem veröffentlichten Ergebnisse der Reichssteuern im Rechnungsjahr 1930 haben mit voller Deutlichkeit gezeigt, daß unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise die Steuererträge weit schwächer zurückgehen, als die Regierung bisher angenommen hatte und daß infolgedessen die Ertragsrückstellungen für das Rechnungsjahr 1931 viel zu hoch sind. Auf der anderen Seite hat die Saisonbelebung am Arbeitsmarkt viel sänger und schwächer eingesetzt als im vorigen Jahr. Damit sind alle Berechnungen aufs schwerste erschüttert, die sich auf den Bedarf an Arbeitslosenunterstützung beziehen. Man übertrifft nicht, wenn man annimmt, daß aus diesem und anderen Gründen im Reichshaushalt ein Fehlbetrag von weit über einer halben Milliarde Mark, bei Ländern und Gemeinden weitere Fehlbeträge von mehreren hundert Millionen Mark entstanden sind. Ein neues, gewaltiges Defizit von weit mehr als einer Milliarde Mark ist also aufgetaucht und damit erhebt sich die bange Frage, ob und wie es möglich sein wird, dieses Defizit zu decken.

Aber, so ernst die Finanzlage auch ist, so wenig besteht ein Anlaß, an der Möglichkeit zur Überwindung der neuen Schwierigkeiten zu zweifeln. Die bürgerlichen Parteien verfolgen seit Monaten, ja seit Jahren, die Taktik, die Entwicklung unserer finanziellen Verhältnisse so darzustellen, als wenn wir unmittelbar vor der Finanzkatastrophe ständen und kein anderer Ausweg mehr übrig bliebe, als der Abbau der sozialen Lasten. So liegen die Dinge in Wirklichkeit nicht. Es gibt in der Tat noch genügend finanzielle Möglichkeiten, um auch die neuen Fehlbeträge auszugleichen, ohne den verhängnisvollen Weg des sozialen Abbaus zu beschreiten.

Ueber eines muß man sich dabei allerdings von vornherein im Klaren sein: Mit dem Versuch auf jealische Steuererhöhung und mit der Forderung, das Defizit ausschließlich durch Ausgabenkürzungen zu decken, mit diesem Leitfad der bürgerlichen Finanzpolitik muß auf jeden Fall gebrochen werden, wenn eine finanzpolitisch ausreichende und sozial erträgliche Lösung gefunden werden soll.

Die Parole: Keine Steuererhöhungen, die 1928 von der Deutschen Volkspartei ausgesprochen worden ist, diese Parole hat seitdem immer wieder eine rechtzeitige Sanierung der Reichsfinanzen verhindert und hat schließlich dahin geführt, daß die Verschleppung der Reichsfinanzminister im Lande herum und räumt die Tat der Regierung, die Reichsausgaben im Jahre 1931 um 1400 Millionen gegen 1930 senken zu haben. Aber diese Ausgabenentlastung darf man nicht überschätzen. Steht doch diese große Senkung zum Teil nur auf dem Papier, weil umfangreiche Ausgaben vom Reich auf die Arbeitslosenversicherung und auf die Gemeinden abgeschrieben worden sind. Bei genauem Zusehen schrumpft infolgedessen die tatsächliche Ausgabenersparnis auf weniger als 200 Millionen zusammen. Davon entfällt ein großer Teil auf die Sozialausgaben, während die Wehrausgaben so gut wie gar nicht ermäßigt worden sind. Hier bleibt für die Regierung Brünning ein schweres Verhängnis nachzubohlen. Man sollte meinen, daß eine Regierung, die so große wirtschaftliche Probleme meistern will, sich auch zu trauen müßte, die politischen Widerstände zu überwinden, die allein einer Kürzung der Wehrausgaben in der Zeit der Krise im Wege stehen. Aber auch, wenn eine namhafte Senkung der Wehrausgaben endlich zustande kommt, wäre es einfach unmöglich, den neuen gewaltigen Fehlbetrag allein durch Ausgabenersparnisse zu decken, es sei denn, daß man neben einer neuen Kürzung der Beamtengehälter zu einem Generalanriff auf die sozialen Leistungen schreiten will. Dagegen wird sich die Sozialdemokratie mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Sie kann darauf verweisen, daß es noch genügend andere sachliche Möglichkeiten gibt, die nicht die einschneidende soziale und politische Gefahr heraufbeschwören, die ein sozialer Abbau zur Folge haben müßte. Die Sozialdemokratie steht seit langem auf dem Standpunkt, daß wenn es keine andere Wahl gibt, als die Einschränkung der sozialen Ausgaben oder die Erhöhung der Steuern, das letztere als das kleinere Übel zu wählen ist, selbst wenn es sich dabei um Steuern handelt, die auch die breite Masse trifft. Die Massen haben für diesen Standpunkt noch immer Verständnis gehabt und sie haben deshalb seit Monaten schwere Opfer für die Erhaltung der sozialen Leistungen gebracht. Man denke nur an die Bürgersteuer, die in vielen Gemeinden eingeführt und sogar erhöht werden mußte, um die Wehrabschlüsse der Wehrabschlüssen sicher zu stellen.

Aber es gibt noch eine andere Wahl. Es gibt noch Möglichkeiten, zu Steuererhöhungen, die keine Wehrbelastung der Masse bedeuten und den Besthenden nicht wehe tun. Wir treten nur einige heraus:

- Reorganisation des Branntweinmonopols, durch sofortige Einstellung der Vorratserzeugung und Räumung der überfüllten Lager.
  - Reform der Tabaksteuer, durch Aufhebung des Verpackungszwanges und Wiederherstellung der Zahlungsströme.
  - Erhöhung der Benzinsteuer (wie sie schon aus dem englischen Schatzkanzler Snowden vorgeschlagen worden ist).
  - Verzicht auf Steuervereinfachungen der Motorverordnung.
  - Annahme der sozialdemokratischen Anträge über das Notopfer der höheren Einkommen und
  - Verstärkung der Aufschlagssteuer, die vor wenigen Wochen vom Reichsrat zu Fall gebracht worden sind.
- Überdem gibt es noch immer den Weg der Kreditbeschaffung. Wir sollten nicht unter allen Umständen starr an den grundrühigen Bedenken festhalten, die vom Standpunkt gesunder Finanz-

politik gegen die Schuldenaufnahme zur Deckung laufender Ausgaben sprechen. Solche gesunde Finanzpolitik wird unswademäßig und unwirtschaftlich, wenn die Wirkungen der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen ein derartiges Ausmaß angenommen haben wie jetzt, und wenn man noch dazu in all den guten Jahren vorher eine so ungesunde Finanzpolitik getrieben hat, wie es die bürgerlichen Regierungen von 1924-1928 getan haben.

Die Beschaffung von Krediten hat heute erhöhte Bedeutung. An sich wäre auch das neue Milliardendefizit bei einem Gesamthaushalt von Reich, Ländern und Gemeinden von mehr als 20 Milliarden eine ungefährliche Erscheinung. Erst wird die Situation erst dadurch, daß die Kassenlage des Reichs und der Gemeinden nicht hinreichend gesichert ist. Reich und Gemeinden haben hohe schwebende Schulden und angefüllt der gegenwärtigen Lage am Geld- und Kapitalmarkt stößt sowohl die Verlängerung als auch die Umwandlung in langfristige Anleihen auf Schwierigkeiten. England und vor allem Amerika werden diese Schwierigkeiten nicht zu bestehen haben, dort hat man ja auch ausgiebig von der Aufnahme neuer Schulden Gebrauch gemacht, um die Fehlbeträge zu decken. Für Deutschland kommt noch etwas anderes hinzu.

Im Oktober vorigen Jahres hat der Reichstag auf Verlangen ausländischer Kreditgeber ein Schuldentilgungsgesetz erlassen, das das Reich von 1931 bis 1933 verpflichtet, jährlich 420 Millionen schwebende Schulden zu tilgen. Verfügt es gegen Treu und Glauben, wenn wir unsern Gläubigern jetzt sagen: Wir können diese Verpflichtung für dieses Jahr nicht einhalten, weil die Entwicklung unserer Finanzen unter dem Druck der Wirtschaftskrise ungenügend verlaufen ist, als wir ermartet hatten?

Wenn man diese drei Wege: Sparnis, Steuererhöhung und Kreditmaßnahmen hinaus, so ließe sich der größte Teil der finanziellen Not überwinden, ohne die Sozialausgaben anzugreifen. Erfolgt man aber diese Maßnahmen nicht, so geschieht es weniger aus sachlichen als aus politischen Gründen. Wenn die Dinge so liegen, wie sie hier geschildert worden sind, dann ist das eine klar: Will man trotzdem den Sozialabbau, dann wählt man dieses Mittel nicht als die einzig sachliche mögliche Rettungsmaßnahme, sondern man benutzt man bewußt die jetzigen Finanzschwierigkeiten, die Notlage und Schwäche der Massen, um den Sozialabbau zu erzwingen. Ein solches Vorgehen müßte unübersehbare Folgen haben. Die Politik des letzten halben Jahres hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie für sachliche Notwendigkeiten immer Verständnis gehabt hat. Politische Klugheit aber, die sachlich nicht notwendig sind und nur aus dem Haß und der Abneigung gegen die breiten Massen entspringen, werden bei ihr auf schärfsten Widerstand stoßen.

### Das Spiel mit dem Arbeitsdienst

Will Treviranus neue Unruhe stiften

NRW, Berlin, 5. Mai. (Ein. Meldung.) Zu der Ankündigung des Reichsministers Treviranus, daß Besprechungen mit den Wehrverbänden über den freiwilligen Arbeitsdienst in der bevorstehenden Woche in einer Chefbesprechung der Reichsminister vereinbart worden ist. Die Besprechungen sollen

heute vormittag stattfinden. Zu den eingeladenen Organisationen gehört n. a. die Deutsche Turnerschaft.

Herr Treviranus kann offenbar keine Ruhe halten, entweder redet er unbesonnen dahin, oder er tistelt an Projekten herum, die Unruhe stiften. Die obenstehende Meldung zeigt, daß Herr Treviranus eine besondere Frontbildung mit den Wehrverbänden und der reaktionären Deutschen Turnerschaft versucht. Man wird gut daran tun, auf diese Pläne acht zu geben.

### Internationaler Handelskammerkongress

Vor dem Ende der Weltdepression?

Washington, 4. Mai. Durch den Präsidenten der amerikanischen Sektion der Internationalen Handelskammer, Silas Strawn, wurde heute der sechste Kongress der Internationalen Handelskammer eröffnet, der von über 30 Ländern mit rund 1000 Delegierten, darunter 40 deutsche Vertreter, besetzt ist.

In seiner Begrüßungsansprache erklärte Hoover, daß selbst die Vereinigten Staaten durch die Weltkrise in eine schwere Depression gebracht worden seien, an der der Weltkrieg mit seinen Zerstörungen und den darauffolgenden Steuerlasten, den sozialen und politischen Unruhen die Schuld trage. Zum Wiederaufbau sei Vertrauen nötig, das nur durch Begrenzung und Herabsetzung der Ausgaben erreicht werden könne. Die Welt gebe 5 Milliarden Dollars jährlich für Rüstungen aus. Amerika sei an dieser Konferenz wegen ihrer indirekten Auswirkungen auf Frieden, Vertrauen und die Wiederkehr wirtschaftlich gesunder Verhältnisse erheblich interessiert.

Der frühere belgische Ministerpräsident Theunis gab einen eingehenden Bericht über die Weltwirtschaftslage. Nach seiner Auffassung ist der größte Teil der Weltdepressionsperiode vorüber, und die Welt trete in eine Periode ruhiger Geschäfte als einer Vorstufe zur Erholung ein. Der Mangel an wirtschaftlichem Verständnis zwischen den Nationen sei eine der Hauptursachen der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Die Welt müsse sich klar werden, daß sie wirtschaftlich eine Einheit sei. Zu der amerikanischen These hoher Löhne erklärte Theunis, die Überproduktion stelle eine Vergeudung von Kapital und Material dar. Der italienische Delegierte Birelli wandte sich, von den Ergebnissen seiner Analyse des amerikanischen Erdbaus ausgehend, gegen Schutzzölle und Kriegsschuldensatzungen.

Der Franzose Parmentier befürwortete regionale Regelungen für ganz Europa, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit fußen.

England gegen die Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Von amtlicher britischer Stelle wird gegenüber den in der letzten Zeit auftretenden Gerüchten über die Möglichkeit einer Verschiebung der Abrüstungskonferenz betont, daß die britische Regierung gegen jede Verschiebung dieser Konferenz sei.

## Hetze gegen Hindenburg

Frechheiten eines wortbrüchigen Putschisten gegen den Reichspräsidenten

Ueber die letzte Führertagung der Nazis in München berichtet die sozialdemokratische Münchener Post weitere Einzelheiten, darunter einen Abschnitt aus der Rede Hitlers, in der er den Rücktritt Hindenburgs vom Amt des Reichspräsidenten und seine Ersetzung durch eine „tatsächlich nationale Persönlichkeit“ forderte. Dieser Passus der Hitlerrede hatte folgenden Wortlaut:

„Wir haben gewungenermaßen schon öfters darauf hinweisen müssen, daß Herr v. Hindenburg nicht den in ihm gesetzten Erwartungen entsprochen hat, und es ist endlich an der Zeit, einen Mann an die Spitze des Staates zu stellen, auf dessen nationale Gesinnung unbedingt Verlaß ist, einen Mann, der jedes Faktieren mit den schwarz-rot-goldenen Weibern von vornherein ablehnt. Gott sei Dank sind wir die einzigen, die über einen solchen Hagen verfügen. Wenn es vielleicht auch noch verfrüht erscheint, schon jetzt mit dem Namen unseres Kandidaten an die Öffentlichkeit zu treten, so möchte ich doch nicht verkennen, hier in vertraulichem Kreise darauf hinzuweisen, daß für uns als künftiger Reichspräsident nur eine Excellence General v. Eymann in Betracht kommt, der nicht nur in ganz Norddeutschland, sondern auch in Süddeutschland allen Frontfeinden in bester Erinnerung stehen wird.“

In der gleichen Rede äußert sich Hitler in scharf abfallenden Worten über Anbiederungsversuche Hugenberg als das Zentrum in Preußen. In der Sonderberufung der Reichstagsfraktion wurde vereinbart, sich von Fall zu Fall über die Teilnahme an Ausschüßungen des Reichstags schlüssig zu werden. Die Rückkehr in den Reichstag dürfte aber nicht in Uebereinstimmung, sondern nur mit der nötigen Energie und Stoßkraft erfolgen.

Die Taktik, die dieser freche tschechische Geselle, der als notorischer Putschist und Hochverräter schon längst aus Deutschland hinausgeworfen gehörte, gegen den Reichspräsidenten v. Hindenburg anwendet, ist die, durch fortwährende persönliche Anrempelungen den alten Herrn so zu kränken, daß ihm sein Amt endgültig verleidet wird. Dieser politische Kampf in seinen Handlungsweisen Hitlers, die aus den verschiedensten nationalpolitischen Lagern heraus unterstützt wird, besonders von zahlreichen ehemaligen kaiserlichen Offizieren, die es mit ihrer sogenannten und famolen Offizierschre sehr wohl vereinen, vom heutigen Staat diese Pensionen zu beziehen, ihn aber gleichzeitig zu unterwürfen versuchen, muß mit gebotener Energie entgegengetreten werden. Herr von Hindenburg hat sich den besonderen Haß aller putschklüfternen und politisch frivolen Gesellen deshalb zugezogen, weil er, eingebend seines auf die Verfassung abgelegten Treuschwures in vollkommen verfassungstreuer und ehrlicher Auffassung sein Amt ausübt. Ein Mann, der sein Wort hält, muß natürlich in den Augen eines Hitler, dem der Wortbruch im politischen Getriebe zur täglichen Gewohnheit geworden ist, eine zu bekämpfende und wenn es nicht anders geht, auch zu verleumdende Persönlichkeit sein. Und ausgerechnet der über 80 Jahre alte General v. Eymann soll Nachfolger werden, der Eymann, der bisher politisch nur das eine gezeigt und bewiesen hat, daß er Unfähig wie der jüngste Kadett zu schwächen vermag, der jedoch ein geiziges Werkzeug in den Händen politischer Hahndreure war. Gegen das freventliche Spiel der Hitler und Genossen muß daher scharf angeknüpft werden.



### Wilhelm von Doorn bei den Hakenkreuzlern

Auch der geflohene Heldenkaiser in Doorn ist jetzt unter die Hakenkreuzler gegangen. Sein Sohn Aumi, der seit einigen Monaten als Stimmengänger für Hitler im Lande herumreist, erzählte davon in einer Münchener Zirkusversammlung folgendes:

„Als ich neulich oben in Königsberg mit dem modernen Regierungsgegenstand, dem Radiergummi, bearbeitet worden war, hat mein Vater, der unsere Bewegung bisher nur vom Hörensagen kannte, an mich geschrieben:

„Du kannst stolz sein, daß Du zum Väterchen dieser großen Volkswegung werden darfst.“ (Stürmischer Beifall.) Ich glaube, nach diesem Urteil werden die ewig Wessinger es sich vielleicht auch überlegen, ob sie dieser Bewegung mehr als eine verächtliche ansehen wollen und die zu feig und zu vornehm sind, um bei uns einzutreten.“

Mit diesem Geständnis hat der Hohenzollernsprößling seiner „Arbeiterpartei“ einen wertvollen Bärendienst erwiesen, denn als Lohndogel für eine Arbeiterpartei ist der Flüchtling in Doorn sicherlich die am besten geeignete Persönlichkeit.

### Katholiken fordern Wiedergutmachung

Im preussischen Landtag ist folgender Antrag der Zentrumsfraction eingegangen:

„In Preußen sind die Katholiken in der Vergangenheit bei der Belegung von Beamtenstellen systematisch zurückgedrängt worden. Diese ganz konsequent zum Teil seit Jahrhunderten durchgeführte Inparität läßt sich naturgemäß nicht in wenigen Jahren aus der Welt schaffen. Es gehört aber zweifellos zu den sittlichen Pflichten des Staates, auch von sich aus nach Kräften darnach mitzuwirken, daß die Katholiken allmählich zu dem Recht kommen, das man ihnen früher verweigert hat. Deshalb beantragen wir: Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, eine allgemeine Anweisung an sämtliche Zentral- und Provinzialinstanzen dahingehend zu erlassen, daß bei Neueinstellung von Beamten die Bewerber katholischen Bekenntnisses so lange bevorzugt werden, bis die zu Ungunsten der Katholiken bestehende Inparität wenigstens einigermaßen als beseitigt angesehen werden kann.“

### Merkwürdige Verhaftung eines völkischen Schriftstellers

Im Zusammenhang mit dem Selektionsprozess Hitlers gegen den früheren völkischen Reichstagsabgeordneten Major v. Grafen-Goldebeck ist der Kronzeuge des Beklagten, der frühere völkische Schriftsteller Werner Abel, unter dem Verdacht des Meineids verhaftet worden. Abel hat im Februar 1930 beschworen, daß 1928 sowohl dem Rohbart wie dem Hitlerkreis von Stalienen erhebliche Geldmittel zugewendet worden sind.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ berichtet zu der Verhaftung Werner Abels, daß Abel schon vor 2 1/2 Monaten „wegen Fluchtverdachts“ in Untersuchungshaft genommen wurde.

Diese Verhaftung wegen Fluchtverdachts ist deshalb merkwürdig, als Abel mit Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Wahrnehmung von Zeugenvernehmung und Beschaffung von Beweismaterial in seinem Meldeverfahren mehrere Reisen, und zwar auch ins Ausland unternommen hat. Zuletzt ist er wieder mit Zustimmung des Untersuchungsrichters zur Vernehmung des italienischen Attaches Miglioratti nach Amerika gefahren. Sofort nach seiner Rückkehr stellte er sich dem Untersuchungsrichter wieder zur Verfügung und wurde dann plötzlich wegen Fluchtverdachts verhaftet. Ein solches Verfahren steht in der deutschen Justiz sicher ohne Beispiel da. Ein Angeklagter, der mit Genehmigung des Untersuchungsrichters nach Amerika reist und sofort nach seiner Rückkehr für weitere Verfahren bei Gericht sich meldet und bereit hält, ist nach den bisherigen Begriffen der Rechtspflege doch unendlich fluchtverdächtig. Nachdem Abel nach seiner Amerikareise an der Richtigkeit seiner eideschworen Aussagen, die Hitler und seiner Partei außerordentlich unangenehm sind, mit Entschiedenheit festhält, und umfangreiche Beweise für die Wahrheit seiner Darstellung angeboten hat, kann man bei der Durchführung des Verfahrens interessante Einblicke in die völkische Bewegung vor dem Hitlerputsch, aber auch der Gegenwart erwarten.

### Richterverein und Staatsgerichtshof Eine notwendige Anfrage zu einem merkwürdigen Vorkommnis

Im Preussischen Landtag ist folgende kleine Anfrage des Abg. Kuttner (Soz.) eingegangen:

„Eine höchst seltsame Druckschrift wird kürzlich im Gebiet des Preussischen Preußen bei Behörden, Gerichten, Parlamentariern usw. verbreitet. Das 21 Druckschriften umfassende Heft trägt den Titel: „Denkschrift des Vorstandes des Richtervereins beim Reichsgericht zu der geplanten Umgestaltung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, Leipzig, im März 1931“. Hiernach müßte man annehmen, daß es sich um eine vom Vorstand des Richtervereins beim Reichsgericht herausgegebene Schrift handelt. Dies kann jedoch nicht der Fall sein, denn die genannte Druckschrift enthält weder Namen noch Wohnort des Druckers; es fehlt ferner in ihr die Angabe des Verlegers. Mitbeteiligt diese Druckschrift einen eskalanten, strafbaren Verstoß gegen § 6 des Reichspressgesetzes dar. Selbstverständlich kann nicht angenommen werden, daß Mitglieder des höchsten deutschen Gerichts etwa aus Mangel an Rechtskenntnis eine strafbare Handlung begangen haben, die gegenüber jedem rechtsunkundigen Laien empfindlich geschadet wird. Noch weniger zufällig erscheint die Annahme, daß Mitglieder des höchsten Gerichts gar aus Vorsatz gegen das Pressgesetz verstoßen hätten. Mitbeteiligt nur die Möglichkeit, daß hier von unbekanntem, gänzlich rechtsunkundigen Persönlichkeiten mißbraucht worden sind, um unter der Autorität des höchsten deutschen Gerichtshofes eine Denkschrift sehr ansehnlichen Inhalts zu veröffentlichen. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, diesen Mißbrauch der Amtsbezeichnung von Mitgliedern des Reichsgerichts aufzuklären und gegen die Urheber dieses Mißbrauchs, namentlich auch wegen Verstoßes gegen das Reichspressgesetz in geeigneter Weise einzuschreiten?“

### Konferenz der Kleinen Entente

Brag, 4. Mai. Auf der Konferenz der Außenminister der Kleinen Entente erläuterte Dr. Bensch seinen Standpunkt nach politischer und wirtschaftlicher Seite hin und legte auch die eventuellen Pläne Brando dar. Nach einem Meinungsaustausch, an dem sich die Minister Angelblom, Rönnefeldt, Marinikowitsch und Chica beteiligten, wurde das volle Einverständnis aller drei Staaten der Kleinen Entente hinsichtlich des weiteren Vorgehens konstatiert, vor allem, was die Frage der Präferenzrechte anbelangt.

## Berliner Brotpreis erhöht

### Wie lange soll dieses Spiel noch dauern?

Berlin, 4. Mai. Der Zweverband der Berliner Bäckermeister hat den Brotpreis abermals um 2 Pfg. erhöht. Insgesamt ist in Berlin seit der Brotpreiserhöhung im November 1930 eine Brotpreiserhöhung um 4 Pfg. auf 50 Pfg. für ein zweieinhalbpfündiges Brot vorgenommen worden.

Mit dieser Erhöhung verwirklichen sich unsere Besorgungen, die wir im Laufe der Getreide- und Mehlpreissteigerungen immer wieder ausgesprochen haben.

Die Berliner Bäcker verjagen die Brotpreiserhöhung um 4 Pfg. mit der Mehlpreissteigerung zu begründen. Wie liegen die Dinge hier? Der Mehlpreis ist vom November 1930, als die Brotpreiserhöhung in Kraft trat, von 25,5 M per 100 Kilogramm auf 28,25 M im Mai 1931 gestiegen. Ein Mehlpreis von 25,5 entspricht einem Brotpreis von 36 Pfg. per Kilo, und einem Brotpreis (für das zweieinhalbpfündige Brot in Berlin) von 45 Pfg. Ein Mehlpreis von 28,50 M bedingt einen Brotpreis von 37,75 Pfg. per Kilo und einen Brotpreis für das zweieinhalbpfündige Brot in Berlin von 47,25 Pfg. Die Berliner Bäckermeister erhöhen den Brotpreis aber auf 50 Pfg. Damit wird die Bruttoverdienstspanne per Kilo von etwa 14,5 bis 15 Pfg. auf 17,5 Pfg. erhöht. Die Bäcker gehen also mit ihrer Preissteigerung über die Mehlpreissteigerung hinaus. Ihr Bestreben geht dahin, wieder die Verdienstspanne vor dem November 1930, also die Verdienstspanne der Hochkonjunkturzeit zu erhalten. Andererseits drängen die Bäcker in Berlin auf eine Lohnkürzung. Man kann also feststellen, daß die in Berlin erfolgte Brotpreissteigerung unbegründet und unnötig ist.

Selbstverständlich kann man die in den letzten Wochen erfolgte Verteuerung des Brotes nicht allein durch eine Senkung der Bäckerverdienstspanne rüd-

gängig machen. Die Regierung kann nicht bestreiten, daß der Mehlpreis zu hoch ist, und daß er gesenkt werden muß. Die Regierung muß sich endlich zu einer Senkung des Mehlprießes entschließen, wenn sie das Gesetz nicht brechen will. Eine Senkung des Mehlprießes hat aber nur Erfolg, wenn man den Preis für das Getreide herabsetzt, also mehr Weizen und Roggen auf den Markt bringt, so daß die Preise nachgeben müssen. Die Regierung hat jedoch bis jetzt mit völlig untauglichen Mitteln versucht, die gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Sie hat den Weizenzoll nicht gesenkt und das muß hier ganz klar gesagt werden. Sie denkt vorläufig auch nicht daran, obwohl andauernd in bürgerlichen Blättern die Meldung wiedergegeben wird, daß der Weizenzoll von 25 auf 16 M für ein Kontingent von 500 000 Tonnen herabgesetzt worden ist. Infolgedessen sind an der Börse die Weizenpreise auch nicht heruntergegangen, auch nicht als der unwirtschaftliche Plan einer indirekten Kontingentierung mit Zollrückerstattungen auftauftaucht. Hinsichtlich der Roggenpreise hat das Kabinett lediglich mit den Bäckern verhandelt, was aber nur zur Folge hatte, daß die Bäcker der Regierung jetzt auf der Nase herumtanzen und den Brotpreis erhöhen, um sich nachher wieder etwas von der Brotpreiserhöhung abhandeln lassen zu können, womit sie wohl auf ihre Kosten kommen.

Tatsächlich ist bisher nichts gegen die Brotpreiserhöhung erfolgt. Es ist inzwischen viel von der Abgabe der 150 000 Tonnen Regierungssoggen geredet worden; aber bis jetzt wurde noch kein Zentner aus diesem Lager an die Mühlen verkauft. Die Regierung hat auch hier ihre Pflicht erfüllt; denn das Gesetz schreibt ihr vor, daß sie einer Erhöhung des Brotprießes vorbeugen hat. Wie lange soll dieses Spiel noch weitergehen. Allgemach bekommt es auch der geduldige Lohnempfänger laß, daß ständig von Preislenkung gesprochen wird, dabei jedoch die Preise vieler Dinge erhöht und die Löhne dauernd gesenkt werden.

## Hitlerianer

### Wieder ein „sittlicher Erneuerer“ M. d. R. Hinkel, Verlagsdirektor des „Angriff“

Die beiden letzten Revolten im Hitlerlaaer haben einen neuen Mann, Herrn Hans Hinkel, nach oben gehüllt; seine Erfolge verdankt Hinkel allerdings weniger seinen — selbst im nationalsozialistischen Sinne — völlig negativen Leistungen, als vielmehr der Tatsache, daß man höheren Dries seiner Zuverlässigkeit und Linientreue nicht sicher war und darum vorsorglich ihn zu binden:

Bis vor einem Jahr war Hinkel (der nicht so sehr Volkstifter ist, als der sehr ehrgeizige Mann einer sehr reichen Frau) Teilhaber des Otto Strahlerschen Kampfbundes und als solcher gewiß, die Aktion der Sezessionslisten mitzumachen, falls ihm von Otto Strahler die nötigen „Sicherheiten“ geboten würden. In dieses Dilemma tritt Hinkel mit geschickter Hand ein: er offerierte Herrn Hinkel ein Reichstagsmandat, dafür verließ Hinkel seine bisherigen Freunde und schlug sich zu Hitler und Goebbels.

Im September 1930 von Herr Hinkel in den neuen Reichstag ein. Und im April dieses Jahres, als wiederum berechtigte Zweifel an der Haltung des von seinen Freunden gebemmen Ehrgeizlings vorhanden waren, als die Gefahr bestand, daß sich Hinkel — unterstützt durch das Geld seiner Frau! — auf die Seite von Stennes schlagen und die Vereinigung der Strahlerleute mit den Stennesen organisieren könne, da ernannte ihn Hitler, — in klarer Erkenntnis seiner zwar nicht parteipolitischen, aber immerhin geschäftspolitischen Qualitäten — kurzerhand zum Verlagsdirektor des „Angriff“.

Herr Hinkel war avanciert, seine Bindungen zu Hitler waren gefestigt, sein Ehrgeiz in die legale Bahn gebrannt. — Und heute ist er einer der prominenten Redner der NSDAP, wenn es gilt, Hitlers Geburtstag in würdiger Form zu feiern oder für „sittliche Erneuerung“ zu sorgen.

Doch das alles wäre nicht verwunderlich und nicht genügend interessant; von elementarem Wert für die Beurteilung von Wesen und Art der Hitlerpartei wird Herr Hinkels Lebensgeschichte und Erfolge erst dann, wenn wir die besondere Praxis der Hinkelschen „Wohlfahrtspflege“ an folgenden Dingen — die symptomatisch sind für den nationalen „Sozialismus“ — scharf betrachten:

Herr Hinkel hat — wogegen an sich durchaus nichts einzuwenden wäre — ein uneheliches Kind Hans B. (weiter), das am 3. Februar 1919 in Rheinbörsheim geboren und in Oppau (Rheinpfalz) aufgezogen wurde. Die Mutter des Kindes, die früher Hausangestellte war und sich inzwischen verheiratet hat, lebt in Frankfurt in den dürftigsten Verhältnissen, die Mlegemutter — eine arme Witwe namens C. (Clomann) — zusammen mit dem Kind in Oppau.

In echt nationalsozialistischer Art („Vertrennung!“) hatte Hinkel es ursprünglich abgesehen, für sein Kind zu sorgen; er hat durch das Amtsgericht Alt-Deiling (Oberhessen) verurteilt werden müssen (am 5. Januar 1926, also 7 Jahre nach der Geburt des Kindes!) allmonatlich den bestehenden Betrag von 30 RM zu zahlen. Doch Herr Hinkel verstand es nach wie vor in meisterhafter Weise, sich um die Verantwortung zu drücken; er bezahlte nichts und mußte am 15. Januar 1926 zwangsweise in Haft werden. Diese Zwangsvollstreckungen wurden in der Folgezeit laufend durchgeführt; bis 1929 war Herr Hinkel stets im Rückstand.

Die Mahnungen der Behörden, die sich des Kindes annehmen mußten, die flehentlichen Bitten der Mutter und Pflegemutter seines Kindes ließen ihn, der inzwischen reicher Willenbesitzer in Leben geworden war, kalt und stumm. Erst als die Mutter in ihrer Verzweiflung mit gerichtlichem Vorgehen drohen mußte, bequeme er sich wieder zur Zahlung der für ihn völlig unbedeutenden Summe.

Der Erfolg war enttäuschend: das Kind des Herrn Hinkel verflummerte mehr und mehr, kam wegen Unterernährung in Erholungsanstalt.

Auf die mannigfachen Siffern der Mutter reagierte Herr Hinkel nicht im geringsten, — er wollte mit seinem Kinde nichts zu tun haben. Einmal — es war vor Jahresfrist — lag es, als ob Herr Hinkel eine lichte Stunde haben sollte; er schrieb an das Bürgermeisterei in Oppau, er sei „bereit, für das (!) Kind Hans B. weiter jährlich für die Beschaffung eines Anzuges und eines Paares Schuhe Sorge zu tragen, „Er“ werde zur Aufbringung des Genannten dem Bürgermeisterei Oppau mit der Matrike den Betrag von RM. 20 und mit der Juniräte den Restbetrag von RM. 25 überweisen. Eine

reichere Leistung dieser Beträge ist mir aufgrund meiner Einkommensverhältnisse nicht möglich.“

Dieser Brief jedoch, der uns im Original vorliegt, erregte keinen Eindruck; kaum war er unterschrieben, da beruete Herr Hinkel den letzten kümmerlichen Rest von Menschlichkeit und Verantwortungsbeusstsein, der sich in ihm fühlbar zu machen vermag: er hatte: Der Brief wurde nie abgelesen! Im übrigen blieb es das Geheimnis des Herrn Hinkel, wie die arme Mutter seines Kindes mit 45 Reichsmark einen Jahresanlass und ein paar Schuhe im besten Falle hätte kaufen können.

So trat ein Führer der Hitlerpartei für sein Kind, „Meine“ Verhältnisse gestalten es mir nicht!“ laut Herr Hinkel. Seine Verhältnisse? Der reiche Willenbesitzer in Berlin-Lebnitz und Mann einer reichen Frau besteht die Plänen eines Reichstagsabgeordneten, das Direktorengehalt im Verlag des „Angriff“ und die üblichen Sitten eines Hitlerianerhalters!!!

### Aus der Ehrenangliste der Hitlerpartei

Führer des SA-Sturm V in Bonn a. Rh. ist Herr Fritz Brandenburg in Bonn, Poststraße 32. Er wurde am 24. September 1929 vom Amtsgericht Bonn wegen Unterdrückung zu einem Monat Gefängnis verurteilt und mußte sein Stadterverordnetenmandat in Bonn niederlegen. Zum SA-Führer der Hitlerpartei jedoch bleibt er nach wie vor die erforderlichen Qualitäten.

Reichstagsabgeordneter der NSDAP für den Wahlkreis Hesse-Nassau und Führer der SS für den SA-Bezirk West (mit dem Sitz in Düsseldorf) ist Herr Fritz Hinkel. Ihm wurde die besondere Aufgabe übertragen, die SS in Rheinland-Westfalen zu organisieren. Von seiner Lebensgeschichte interessiert uns folgendes:

Weisel wurde am 19. August 1927 vom Schöffengericht Frankfurt am Main wegen Beihilfe zur Abreise mit einem Monat Gefängnis bestraft. Wegen verschiedener Vergehen gegen das Schulmassengesetz erhielt er vier Strafen, wegen Widerstandes (Schöffengericht Frankfurt a. Main am 3. Oktober 1929 eine Geldstrafe von RM. 75.— bzw. 15 Tage Gefängnis.

Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Merieburg ist Herr Hans Woltersdorfer, Zeis, Altenburgerstraße 55. Er ist gleichzeitiger SA-Führer in Zeis und einer der aktivsten Versammlungsredner der NSDAP.

Aus seinem Vorleben ist folgendes für uns wichtig: Volksschulrath erhielt an Strafen:

am 14. 5. 26 vom Amtsgericht Nürnberg wegen Hausfriedensbruch und großen Unfuges einen Tag Haft und eine Geldstrafe;

am 20. 3. 28 vom Stadtrat Nürnberg wegen Vergehens gegen das Hundebesetzungsgezet eine erhebliche Geldstrafe;

am 26. 7. 28 vom Finanzamt Nürnberg III wegen Hausfriedensverletzung eine Geldstrafe von 240.— RM.

Gegen den bisherigen SA-Führer im Gau Rheinland, Hans Langendorf, Köln a. Rh., Komödienstraße 65, ist ein Verfahren vor dem Untersuchungsamt des Hitlerpartei eröffnet worden. Es wird dem Langendorf u. a. zur Last gelegt:

unrechtl. Verwendung der für die SA. bestimmten Gelder, Geldsammlung ohne Sammellisten, d. h. ohne jede Kontrollmöglichkeit,

Unfähigkeit und Feigheit im Dienst, Veruntreuung der für die SA. gestifteten Lebensmittel und Bekleidungsstücke,

auswärtiges Privatsleben, Zusammenarbeit mit der fremden Besatzungsbehörde, Benutzung von dienstlichen Autos zu Ehrfahrten, u. a. m.

Wichtiger für uns ist folgendes: Langendorf erhielt an Strafen: 6. 9. 28 vom Schöffengericht Köln a. Rh. einen Monat Gefängnis wegen Betruges;

3. 6. 24 vom Schöffengericht Köln a. Rh. eine Geldstrafe wegen Steuerhinterziehung;

26. 8. 24 vom Schöffengericht Köln a. Rh. einen Monat Gefängnis wegen Hehlerei.

Dr. Selmut Klots, Berlin NW. 87.







### Gewerkschaftliches

#### 60. Geburtstag

Albert Falkenberg, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, hat am Sonntag sein 60. Lebensjahr vollendet. Der Name Falkenberg stellt ein Stück Geschichte der deutschen Beamtenbewegung dar. Er hat Falkenberg seine besten Kräfte gewidmet und geopfert. Er kam von der mittleren Postlaufbahn. Sein Arbeitsgebiet innerhalb der Reichspost ermöglichte ihm, zum Vortrager neuer politischer Ideen zu werden. Die neutrale Beamtenbewegung der Nachkriegszeit und die gewerkschaftliche Beamtenbewegung der Nachkriegszeit fanden in Falkenberg ihren Vortrager und Führer in den vordersten Reihen.

Nach der Staatsumwälzung schied Falkenberg vorübergehend aus der praktischen Gewerkschaftsbewegung aus, um sein reiches Wissen im Dienst der Republik zu verwerten. Er wirkte längere Zeit im Reichsinnenministerium. Freiwillig fand er 1921 den Weg zum Ausgangspunkt seines gewerkschaftlichen Wirkens zurück und wieder stellte er sich als unermüdbar Propagandist in den Dienst des Beamtenbundes, wobei ihm seine glänzende rednerische und schriftstellerische Begabung außerordentlich zufließen konnte. Die Reichswahlen 1928 brachten ihm ein Mandat für den Reichstag, das er mit Eifer und Umsicht zur Förderung der Sache der deutschen Beamenschaft ausübte. Seine internationale Arbeit wurde im Herbst 1930 mit der Berufung auf das Amt des Präsidenten der Beamteninternationalen beauftragt.

Dem unermüdbaren Kämpfer, dem allseitig hilfsbereiten Menschen, dem Bahnbrecher und Pionier einer freien deutschen Beamtenbewegung unteren herrlichen Glückwunsch!

#### Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Wirtschaftszweig Südwestdeutschland

Sonntag, 26. April, fand in Karlsruhe im Volkshaus die ordentliche Delegiertenversammlung statt. Die Versammlung war von 33 Delegierten besucht. Vom Hauptvorstand war Kollege Schlichting anwesend. Der Vorsitzende Kollege Dohat gab eine eingehende Zusammenfassung der Tätigkeit des Verbandes aus dem Jahre 1930. Es wurden auch die Jubilare vom Jahre 1930, 21 an der Zahl, noch einmal beehrt. Der Geschäfts- und Jahresabschlussbericht lag den Delegierten schriftlich vor. Von der Tätigkeit des Verbandes wurde der geschäftliche Vorbericht vom Jahre 1930 den Delegierten ausgiebig erläutert. Es ging aus diesen Ausführungen klar hervor, daß das Jahr 1930 ein Krisenjahr ersten Ranges war. Bis zum Ende des Berichtsjahres konnten die tariflichen Ertragsleistungen erhalten werden. Es war nur in einzelnen Fällen möglich, Verbesserungen in Tariffragen durchzusetzen. Die Tarifleistungen waren mit Einzelstreikfällen vor den Arbeitsgerichten sehr oft bestritten. Es wurde im besonderen darauf verwiesen, wie notwendig die Berufsbildung für die Maschinisten und Heizer wäre. Durch die immer mehr um sich greifende Rationalisierung sowie Elektrifizierung sind die Aufgaben der Maschinisten und Heizer immer wichtiger geworden. Bei Besetzung von besetzungslosen Berufsstellen wird heute nur Arbeitserfahrung sehr selten und gewährt. Diese Tatsachen müssen unsere jüngeren Kollegen davon überzeugen, daß der Berufsbildung mehr Wert beigemessen werden muß.

Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß infolge der großen Arbeitslosigkeit, sowie auch Kurzarbeit die Ausgaben an Unterhaltungen wesentlich ansteigen. Immerhin konnten noch nennenswerte Beiträge an die Hauptkasse abgeführt werden. Die Anwartschaften und Altersunterstützungen sind, die der Verband schon über drei Jahre einrichtet, macht sich für die betreffenden Kollegen sehr betrieblieh bemerkbar.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurden die Neuwahlen beschlossen. Es wurden im wesentlichen die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Die Besetzung der Stellen wurde wie folgt festgelegt: Der Vorsitzende Kollege Schlichting, der stellvertretende Kollege Dohat, der Kassierer Kollege Christian, der Schriftführer Kollege Wilhelm Dohat-Karlsruhe und Kollege Schlichting-Stuttgart. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, aber sachlich, es beteiligten sich an derselben die Kollegen Schäfer, Heilbronn a. N., Burthard-Karlsruhe, Enselmann-Pforzheim, Seiler-Schweinfurt, Steinberg-Stuttgart, Zahn-Heilbronn, Konrad-Ludwig, Schrad und Dohat-Karlsruhe, Peter-Göppingen, Red-Heilbronn, Lambacher-Heilbronn, Schlichting-Emmendingen und Söll-Kreisburg. Kollege Schlichting vom Vorstand gab im Haren Darstellungen einen Überblick über unsere derzeitigen

## Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn

Die Neuwahl der Betriebsräte in der Privatindustrie kann im allgemeinen als abgeschlossen gelten. Die Arbeiter der Reichsbahn wählen ihre Betriebsvertretungen am 9. und 10. Mai in einem Wahlgange. Neben dem Hauptbetriebsrat in Berlin und den Bezirksbetriebsräten bei den Reichsbahndirektionen sind ca. 6 000 örtliche Betriebsvertretungen zu wählen. An der Wahl sind etwa 350 000 Arbeiter beteiligt. Zum Hauptbetriebsrat liegen sechs Vorschlagslisten vor: drei Gewerkschaftslisten und drei Listen der Betriebsräte. Neben der RPD treten auf: Der Industrieverband, auch eine ehemalige RPD-Gründung, und die Nazis; letztere unter der harmlosen Firma „Berufsverband deutscher Reichsbahnen“. Auch in verschiedenen Bezirken und Betrieben liegen gewerkschaftsfeindliche Vorschlagslisten vor. Die Nazis spielen im allgemeinen bei den Arbeitern der Reichsbahn keine Rolle. Lediglich eine gewisse mittlere und obere Beamtenschaft zu ihren Gönnern. Die Zerstückelungsarbeit der fanatischen Gegner der Gewerkschaften und der Republik ist ein trauriges Zeichen unserer Zeit.

Die Wirtschaftskrise, die auch an den Eisenbahnen nicht spurlos vorübergeht, hat viel zur Vermirrung der Geister beigetragen. Man verliert die Gewerkschaften für alle Nachteile der Gegenwart verantwortlich zu machen. Der Hauptstoß richtet sich gegen die führende Gewerkschaft den Einheitsverband der Eisenbahner, der bei der letzten Wahl über zwei Drittel der Stimmen erhalten hat. Die RPD-Zentrale und das Reichskomitee der RPD haben Anweisungen gegeben, den gesamten Parteiparat mit allen kommunistischen Unterorganisationen, einschließlich der Erwerbslosenvereine, in den Dienst der RPD zu stellen, um den kommunistischen Einfluß bei der Reichsbahn zu stärken. Die RPD-Zentrale hat es hauptsächlich auf den Betriebs- und Betriebsdienst und die dazu gehörigen Dienstzweige abgesehen. Die RPD-Funktionäre sind angewiesen, bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl die ganze Kraft einzusetzen, um in diese Dienststellen einzudringen. In diesem Zweck werden zahlreiche Hinweise zur Bearbeitung der Eisenbahner gegeben. In umfangreichem Referentenmaterial wird der Versuch unternommen, den Einheitsverband für Rohabbau, Feuerleistungen und alle sonstigen Nachteile verantwortlich zu machen. Es ist selbstverständlich, daß der Einheitsverband auch für die Entlassung führender Kommunisten, die vor kurzem in Oberhausen erfolgte, verantwortlich gemacht wird. Dabei steht fest, daß diese Funktionäre der RPD die Opfer der grottenhaften Taktik der RPD sind. Sie wurden entlassen, weil sie der Meinung der RPD-Zentrale folgend zum Streik aufgefordert und vorbereitende Kampfaufrufe abgeben haben sol-

ten. Nach der kommunistischen Auffassung sind natürlich die harmlosen RPD-Funktionäre vom Einheitsverband und der SPD-Presse denunziert worden. Dabei wurden ihre Meldungen täglich in der RPD-Presse ausposaunt. Die Eisenbahnergewerkschaften werden verdächtigt, mit der Reichsbahn einen Feldzugsplan gegen die RPD geschmiedet zu haben, weil sie angeblich durch die RPD in arge Bedrängnis geraten seien. Es genügt, diese Größenwahnsinnigen Verleumdungen tiefer zu hängen. Die RPD hatte bisher nur sehr geringen Anhang unter den Eisenbahner. Bestimmte Vorgänge aus letzter Zeit beweisen, daß die RPD-Karolen nicht mehr stehen. So wurde z. B. von einer RPD-Regionalkonferenz der Eisenbahner beschlossen, die Mitwirkung im Gedingeverfahren abzulehnen. Der Beschluß wurde von den RPD-Leuten selbst kaum beachtet und z. B. in den kommunistischen Hochburgen Königsberg und Döbeln nicht durchgeführt. Nur in München und Opladen wurde der schändliche Versuch gemacht. In Opladen hat die Gewerkschaft, die mit Recht eine Schädigung ihrer Interessen fürchtet, den kommunistischen Betriebsrat mit erdrückender Mehrheit zum Rücktritt gezwungen. In München beantragte die Verwaltung die Absetzung der RPD-Betriebsräte, die vor Gericht eine klägliche Rolle spielten; sie wollten es nicht anerkennen.

Wenn auch die Not der Gegenwart manchem den Blick trübt, so ist doch zu hoffen, daß die Eisenbahner im Laufe der letzten Jahre genügend Erfahrungen gesammelt haben, um ihre falschen Freunde zu erkennen.

Die gewerkschaftlich geschulten Eisenbahner haben längst erkannt, daß nur die gewerkschaftliche Solidarität und die Zusammenfassung aller Kräfte zum Erfolg führen kann.

Die Eisenbahner wissen auch, daß sich der Einheitsverband in der Vergangenheit wie in der Gegenwart als eine maßgebliche Interessenvertretung erwiesen hat. Rund 28 000 Funktionäre des Verbandes stehen täglich und stündlich in zähem Kampfe mit der Reichsbahngesellschaft. Rund 14 000 Mitarbeiter des Einheitsverbandes sind in den Betriebsvertretungen für die Interessen der Eisenbahner tätig. Der Einheitsverband hat auch trotz der Wirtschaftskrise im Abwehrkampf große Erfolge erzielt. Die vereinigten Gegner des Einheitsverbandes haben dessen zahlreichen positiven Leistungen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. Die Eisenbahner sind auch nicht dumm genug, leere Versprechungen gegen positive Leistungen einzutauschen. Alle wirklich klassenbewußten Eisenbahner geben deshalb am Wahltag ihre Stimme nur dem Einheitsverband der Eisenbahner.

Verbandsverhältnisse. Aus diesen Darstellungen war zu entnehmen, daß der Verband auf einer guten Basis aufgebaut ist. Nach längeren Beratungen mehrerer Anträge, sowie sonstigen Verbandangelegenheiten konnte die lebhaft verlaufene Delegiertenversammlung geschlossen werden.

### Volkswirtschaft

Die Handelskammer Karlsruhe teilt mit, daß sie in letzter Zeit in steigendem Maße an berechtigter Ausverkauf und Verfall und Verschleiß gegen die bestehenden geschäftlichen und behördlichen Ausverkaufsvorschriften feststellen mußte. Sie wird gegen beratige Fälle nach wie vor auf das schärfste vorgehen und die Kammerfunktionäre der zuständigen Behörden auf einen solchen Mißbrauch der Ausverkaufsvorschriften lenken.

In der Ausschüttung der J.G. Nordindustrie A.G. Frankfurt am Main, wurde der Rückhalt für das Jahr 1930 vorgelegt. Danach soll der auf den 3. Juni d. J. nach Frankfurt a. M. einberufenen Generalversammlung eine Dividende von 12 Prozent (wie in den drei Vorjahren) vorgeschlagen werden.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird für das Jahr 1930 trotz eines verminderten Gewinns eine Dividende von 7 Prozent bezahlen. Der Einzelantritt legt seine Dividende von 15 auf 5 Prozent herab. Die Dividendenrücklage ist weiterhin im schlechten Geschäftsgang oder in Preisermäßigung zu suchen, vielmehr hat der Truß im Ausland ungünstige Unternehmen erworben (u. a. die französische Salino), auf die er jetzt größere Summen abgeben muß.

Der Reichsbankendruck für ultimo April zeigt eine Zunahme der Gold- und Devisenbestände um 46,1 Millionen auf 2325,7 Millionen. Der Zufluß ausländischer Gelder scheint sich also in etwas härterem Tempo

fortgesetzt zu haben. Die Goldbestände erhöhten sich um 20,9 auf 2368,4 Millionen und die bedungsfähigen Devisenbestände um 25,3 auf 137,3 Millionen. Die Deutung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 54,6 Prozent gegen 63,7 Prozent in der Vormode, diejenige durch Gold und bedungsfähige Devisen auf 58,2 Prozent gegen 67,3 Prozent.

Konturschiffen. Im April wurden 972 neue Kontur- und 655 Bergschiffen gegenüber 1240 bzw. 662 im März beauftragt.

#### Der Rückhalt der Volksfürsorge für das Jahr 1930

zeugt von einer außerordentlich günstigen Entwicklung des Unternehmens, das im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung den Jahr zu Jahr größere Bedeutung erlangt hat. Aus dem vorläufigen Rückhalt gehen die folgenden Angaben hervor: Der Rückhalt betrug 2,2 Millionen gegenüber 1,92 Millionen im Vorjahr. Die Versicherungssumme hat sich von 783,1 Millionen auf 880,8 Millionen erhöht. Die Einnahmen aus Prämien und Kapitalerträgen werden mit 50 Millionen angegeben gegenüber 45,9 Millionen im Jahre 1929. Der Vermögensbestand hat die Hundertmillionengrenze überschritten und Ende des Geschäftsjahres 132 Millionen erreicht. Im Vorjahr wurde er mit 87,9 Millionen angegeben. Davon sind 80 Millionen Hypotheken (im Vorjahr 49,3 Millionen), 40 Millionen Kommunalanleihen, die zum größten Teil dem Wohnungsbau zugute kommen (Vorjahr 29,7 Millionen) und 12 Millionen Grundbesitz und Bankguthaben (im Vorjahr 9,9 Millionen). Die Versicherungsleistungen haben seit Ende 1924 rund 12 Millionen aus. Die Prämienreserve hat sich auf 90 Millionen erhöht. Die den Versicherten ausgeschütteten Gewinnanteile betragen 30 Millionen.

Karlsruher Schlachtviehmarkt. Zufuhr: 23 Ochsen, 44-48, 42 bis 44, 41-42, 39-41, 37-39, 36-37, 48 Kühe 41-42, 38-39, 37-38, 34-37, 38 Rinde b 17-27, 15-17, 139 Färsen 45-51, 37-43, 140 Rinder 67-70, 64-67, 60-64, 48-58, 1262 Schweine 39-41, 41-43, 43 bis 47, 45-48, 42-47, Säuen g. 31-35. Belle Qualität über Rotz bezahl. Tendenz: Bei Großvieh langsam, Ueberhand, bei Schweinen und Rindern mittelmaßig, geräumt.

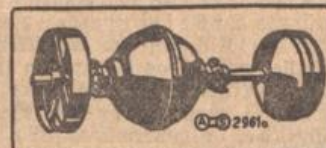
## EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

**Arbeiter, Angestellte u. Beamte!**  
Die eigenen Betriebe der Genossenschaften

und der von diesen gebildeten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine betreten uns vom Preiszwang der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß jeder Werktätige einer Konsumgenossenschaft beitreten und insbesondere die nur hier erhältlichen Erzeugnisse mit der Marke wählen.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.  
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.  
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.  
Konsumverein für Durlach und Umgegend, e. G. m. b. H.

**KÜHLSCHRÄNKE  
KÜHLANLAGEN**



ausgerüstet mit

**ROT-SILBER-KÜHLAUTOMAT AS**

Hermetisch geschlossen  
Keine Explosions-Gefahr  
Kein Gasentweichen

Praktisch unbegrenzte Lebensdauer  
kein Nachfüllen von Öl u. Kältemedium  
selbsttätige Regelung d. Kälteerzeugung

**BROWN, BOVERI & Cie. A.G.  
MANNHEIM**

Abt. Kälte-Maschinen

**SIEMENS 050**

Der neue Lautsprecher  
lautstark und klarschön,  
passend zu den neuen Siemens-Geräten

Unverbrüchliche Vorführung in jedem guten Fachgeschäft

Genossen, Genossinnen! Beachtet die Anzeigen im Volksfreund und tätigt darnach Eure Einkäufe

**Kohlen, Koks, Briketts**

liefert zu billigsten Preisen **MENZINGER-FENDEL** Transportgesellschaft m. b. H.

Kohlen-Abteilung Karlsruhe-Rheinhafen / Telefon Nr. 5883, 4667 und 4668

### August Schaijer / Karlsruhe

Gegründet 1875 / Fabrik: Roonstr. 24  
Lagerplatz: Klauprechtstr. 9 / Tel. 435

Fenster-, Türen- und Möbelfabrik, Glaserei  
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen



# Aus dem Gerichtssaal

## Selbstmordversuch im Gerichtssaal

Im Karlsruhe, 2. Mai. Vor der Strafabteilung des Amtsgerichts hatten sich der 41 Jahre alte mehrfach vorbestrafte Händler Friedrich Frey und der Tagelöhner Theodor Schneider, beide aus Weingarten wegen erschwerter Diebstahls im Rückfall zu verantworten. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, auf erworbene Weise einen Arbeitslosen in Weingarten um 60 Pfund Fleisch beschaffen zu haben. Als dem Angeklagten Frey das „letzte Wort“ erteilt wurde, gebärdete er sich sehr mild und rief aus, er richte sich selbst, wobei er mit dem Kopf gegen die Lehne der Angeklagtenbank und gegen den Richterstuhl stieß. Zwei Beamte mußten eingreifen, um ihn von seinem Vorhaben abzubringen. Während das Gericht das Urteil beriet, nahm ein Gendarmenbeamter neben ihm Platz. Diefem verfluchte er, den Revolver her, ich erschieße mich! Das Gericht entsprach dem Antrag des Staatsanwalts und verurteilte F. zu einem Jahre Gefängnis; der Mitangeklagte Sch. kam mit vier Monaten davon.

## Seine künftige Frau

Im Karlsruhe, 22. Mai. Ein hiesiger Mechaniker in den 60er Jahren gedachte seine Hausgehilfin, die 33jährige geschiedene Frieda W. zu heiraten. Über es wurde nichts aus seinem schönen Traum: Er stellte eines schönen Tages fest, daß ihm eine Bettdecke, sechs Kaffeesen und Bettbesüge, drei Leinentücher, ein Auszug, ein Paar Schuhe und zwei Hemden entwendet waren. Im Januar bestellte seine Frau, indem sie sich als die Frau des Mechanikers ausgab, bei einem Reisenden für 34 Mark Wäsche, die auch geliefert wurde. Sie leistete jedoch Mark Anzahlung. Nach Erhalt der Wäsche wurde sie verfeuert. Der Bräutigam tat den Schwörmurder wegen Urkundenfälschung, Diebstahls und Betrugs im Rückfall zu verantworten hatte. Der Verlauf der Verhandlung entrollte ein für die Angeklagte günstigeres Bild, als die Anklage erwarten ließ. Die Angeklagte gibt an, das Bettzeug sei nicht entwendet worden, sondern sie habe es verbrannt, weil es — von Wänsen wimmelte. Der als Zeuge anwesende Bräutigam, muß ausgehen, daß es bei ihm zu Hause Wänsen gebe. Er spüre aber nichts davon und an ihn gingen sie auch nicht. Die Wäsche hat die Angeklagte aus Not verfeuert. Das Gericht entsprach der Bitte der Angeklagten um eine milde Strafe und erkannte lediglich wegen Unterschlagung auf vier Wochen Gefängnis.

## Angetrunken am Steuer

Verurteilung im Fall Haas.

Im Karlsruhe, 2. Mai. Wie wir berichteten, wurde am 22. April der 34jährige ledige Kaufmann Georg Albert Haas aus Karlsruhe, der am 3. Januar in angetrunkenem Zustand in der Parkstraße seinen ebenfalls angetrunkenen Freund, den 38 Jahre alten Kaufmann Bruno Herberich König, totgeschossen hat, vom Schöffengericht Karlsruhe wegen fahrlässiger Tötung zu 300 Mark Geldstrafe an Stelle einer verurteilten Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurteilt. Wie wir hören, hat die Staatsanwaltschaft sowohl als auch die Verteidigung gegen dieses Urteil Berufung eingelegt, so daß der Fall vor der Großen Strafkammer erneut zur Verhandlung kommen wird.

## Grüne, blaue und goldige Jungs

Im Karlsruhe, 2. Mai. Der Bahnbeamte a. D. Paul Ruffmann von hier sah in der Nacht vom Faschingsdienstag zum Mittwochmorgen in einer Wirtschaft in der Kaiserallee, in der der semohtliche Faschingsrummel mit Tans, Bällen und Papierfliegen gepflegt wurde. Zwei junge Leute, die am gleichen Tage, befanden sich in besonders anregter Stimmung; es wurde ihnen in der Wirtschaft zu heiß und sie gingen hinaus auf die Straße, wo sie sich gegenseitig mit Schneebällen bewarfen. Einer der Wälle traf eine Gaslaterne, die darauf in Trümmer ging. Wer das Auge des Gesetzes wagt! Zwei Polizeibeamte wurden Zeugen des Vorfalls und eilten den Schneeballkämpfern, die sich in den Faschingsrummel zurückzogen, nach. Die Polizeibeamten

singen ihnen nach und winkten sich die jungen Leute heran, um ein Verhör in Sachen Folgen des Faschingsübermuts anzustellen. Das brachte den früheren Bahnbeamten, der sich ebenfalls in fahrlässiger Stimmung befand, in die Rolle, obwohl ihm die Sache von Haut und Haaren nichts anging. Er glaubte, die Beamten befehlen zu sollen, daß der eine der Täter die Wirtschaft überhaupt nicht verlassen habe. Die Beamten erklärten ihm, es stehe ihm frei, sich als Zeuge zu melden. Beim Verlassen der Wirtschaft ging es sehr laut zu, so daß sich die Aufmerksamkeit der Polizei besonders des zubelebenden Lärm verübenden früheren Bahnbeamten annehm. Der Vorfall hatte eine ziemlich reichliche Menge angezogen. Es wurde ihm die vorläufige Festnahme erklärt und er mußte mit zur Wache. Dort geriet er in große Erregung, er schrie, außer sich, er habe schon früher den Faschings getragen, die Polizeibeamten schämten Meide, von „grünen Jungs“ solle er sich nicht verhalten, und mit ihnen sei es bald aus. Die unerfreuliche Folge dieses Verhaltens war ein Strafbefehl über 70 Mark Ruhestörung und Beamteneleidigung. Auf den Einspruch R.'s wurde die Sache vor dem Einzelrichter verhandelt. R., der sich als Anhänger der NSDAP, bekennt, erklärt, er habe die Beamten nicht beleidigen wollen, als er von grünen Jungs sprach. Denn sonst müßte der schöne Schloßer „Mein Schatz ist bei der grünen Polizei“ ja auch eine Beleidigung enthalten. Tatsächlich hätten die Polizeibeamten grüne Streifen. Andere Matrosen nenne man doch auch blaue Jungs. Der Richter hält ihm schmunzelnd vor, er hätte die Beamten ja nach ihrer Uniform „blaue Jungs“ nennen dürfen. Aber „grüner Junge“ sei nun einmal eine allseits als solche bekannte Beleidigung. Lebtens hätte er auch, wenn er sich an die Streifen halten wollte, auch von „goldigen Jungs“ sprechen können. Seinem Antrag auf Freisprechung konnte das Gericht nicht entsprechen. Aber es ermäßigte unter Würdigung der Erregung, in der er sich befand, die Geldstrafe auf 50 Mark, wobinzu nun allerdings noch die Gerichtskosten kommen, so daß der Spaß kaum billiger zu stehen kommen dürfte, als vorher.

## Schwurgericht Karlsruhe Falsches Zeugnis in einem Unterhaltsprozeß

Im Karlsruhe, 4. Mai. Das Karlsruher Schwurgericht begann heute seine dritte Tagung unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Böhringer mit der Verhandlung gegen den 25 Jahre alten ledigen Landwirt Adolf Christian W. aus Singen. Am Freitag, der sich wegen Meineids zu verantworten hatte. Der Angeklagte, Sohn achtbarer Eltern, wird beschuldigt, in einem Unterhaltsprozeß am 9. September 1930 vor dem Amtsgericht Forstheim als Zeuge unter Eid wahrheitswidrig angegeben zu haben, sich niemals mit der Kindsmutter eingelassen zu haben. Der Angeklagte ist geständig, damals die Unwahrheit gesagt zu haben. Der ärztliche Sachverständige, Obermedizinalrat Dr. Schmiedler, stellt in seinem Gutachten fest, daß bei dem Angeklagten eine Geisteskrankheit nicht vorliegt, daß er jedoch als intellektuell minderbegabt anzusehen ist. Seine geistige Minderwertigkeit müsse strafmildernd berücksichtigt werden.

Staatsanwalt Dr. Hebel (Forstheim) hält nach dem Erachten der Beweisaufnahme für erwiesen, daß der Angeklagte bei seiner Vernehmung als Zeuge wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt hat. Er beantragte daher Bestrafung wegen wissenschaftlichen Meineids. Sein Strafverlangen lautete auf ein Jahr Zuchthaus (Minderstrafe), drei Jahre Ehrverlust und dauernde Eidesunfähigkeit. Der Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwältin Veit, tritt dafür ein, daß die Vernehmung des Angeklagten nicht als Meineid, sondern als fahrlässiger Falschheit zu werten sei, da er sich falsche Aussagen über den Umfang dessen, worauf es bei seiner Aussage ankam, gemacht habe. Er beantragte eine Gefängnisstrafe, deren Höhe er in das Ermessen des Gerichts stellte. Das Schwurgericht verurteilte W. wegen Meineids zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahre unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Unterhaltungsstrafe; gegen den Angeklagten wurde ferner auf Verzicht der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren und auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger eidlch vernommen zu werden, erkannt.

## Partei-Nachrichten

Weingarten. Der Weltfeiertag wurde auch hier in würdiger Weise gefeiert. Allerdings hat ein Teil der Arbeiterschaft den Gedanken des 1. Mai noch nicht begriffen. Manche, die freiwillig oder unfreiwillig zur Arbeitstrube gesonnen sind, empfinden es noch nicht, daß der arbeitende Mensch auch eine Stunde des Feierns und des Nachdenkens braucht, um die geistigen und leiblichen Kräfte für den Lebenskampf zu sammeln. Umso erfreulicher war es, daß doch eine Anzahl Genossen mit den jugendlichen einen Weibspaziergang bei herrlichem Frühlingsschein machen, wobei Wieder und Ansprachen begeisterte Aufnahme bei Jung und alt fanden. Abends sammelte sich ein stattlicher Zug, an der Spitze die frohgeminte Arbeiterjugend mit Fahnen und Transparenten; unter den Klängen der Musikkapelle marschierte der Zug zur Rathaushalle, wo sich das Programm in musterhafter Weise abwickelte. Allen Mitwirkenden, besonders der Kapelle des Musikvereins, den Sangsreunden des Vormärts, der Turnerschaft und der nimmermüden Soz. Arbeiterjugend sei schönster Dank gesagt. Ebenso auch dem Genossen Maxum Karlsruhe für seine eindrucksvolle Festrede. Wir dürfen auf einen guten und würdigen Verlauf unserer Maifeier mit Befriedigung zurückblicken.

Söck. Die Maifeier war den derzeitigen Verhältnissen entsprechend gut belacht. Mit der Feier war auch zugleich das 25-jährige Parteijubiläum verbunden. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorstand wurde die Feier mit einem Marsch und dem durch den Arbeitergesangsverein Vassalla vorzutragenden Freiheitsschör, „Brüder zur Sonne zur Freiheit“ eröffnet. Genosse Bisjaja Karlsruhe sprach über die Bedeutung des 1. Mai und die Forderungen der sozialistischen Internationale. Er überbrachte gleichzeitig die Grüße des Landesvorstandes Mannheim und des Parteivorstandes Karlsruhe zu unserem 25-jährigen Jubiläum und begrüßte die drei Jubilare Bertold Ernst, Friedrich Söh und Karl Zeiber. Der Vorstand überreichte den drei Jubilaren die vom Landesvorstand überbrachten goldenen Ehrennadeln. Gen. Max sprach in kurzen Worten über die Parteigeschichte seit der Gründung der Ortsgruppe und forderte die Anwesenden auf, auch in Zukunft treu zur Sache zu stehen, damit nach weiteren 25 Jahren auch das goldene Jubiläum gefeiert werden kann. Der Arbeitergesangsverein Vassalla trug am Schluß den Freiheitsschör „Ich warte dein“ vor und die Musikkapelle spielte noch einige Stücke zur weiteren Unterhaltung. Alles in allem verlief die Feier sehr schön und es wäre nur zu wünschen, daß in den kommenden Jahren die Maifeiern zahlreicher besucht werden. U. W.

Söllingen. Wir können über eine selten schöne Maifeier dieses Jahr berichten. Punkt 8 Uhr bewegte sich ein stattlicher Zug von Genossen und Genossinnen, die Kinderkinder voran, nach dem planmäßig bestimmten Ziel, dem Tomashof. Bei verschiedenen Spielen, an denen die Kleinsten und Jüngsten sich beteiligten, flogen die Stunden nur so dahin. Der Abend brachte den Glanzpunkt der Feier. Wir können aus den Darbietungen der Mitwirkenden nie-

Mersch. Am 1. Mai beging die Märker Arbeiterschaft unter Führung der SPD, im Volkshaus ihre Maifeier. Der Besuch war außerordentlich; zeigte sich doch so richtig, daß so gerne man die im Orte gut arbeitenden SPD, ausführen möchte, das Bemühen nergelich ist, denn 300 Freizeitschmer konnte die Feier zählen. Das von der Arbeitervereine aufgestellte Programm kann als gut bezeichnet werden. Schöne tonreine Darbietungen von Seiten der Musikvereinigung unter der sicheren Stabführung des Herrn Leonhard dürfen besonders erwähnt werden. Die Festrede des Gen. Kotschweiler zeichnete die heutige Linie der Wirtschaft und die Forderungen der Arbeiterschaft am 1. Mai. Reicher Beifall lobte den Referenten. — Nach einigen Vorbildungen konnte die ruhig und in allen Teilen gut gelungene Feier mit noch einigen Worten des Dankes vom Vorhänge geschlossen werden.

## Letzte Nachrichten

### Nazisturmführer wegen Landesverrat verhaftet

Berlin, 5. Mai. (Hundst.) Aus Schneidemühl wird amtlich gemeldet, daß der dortige Führer der Sturmabteilung der NSDAP, Braas, von einem Beamten der Kriminalpolizei wegen Landesverrat in nationalen Dingen nicht genug tun konnte, hat in Polen Pläne von militärischer Bedeutung verkauft und sich auch sonst zu Gunsten der „polnischen Feinde“ wie die Nationalsozialisten die Polen so gerne nennen, für Geld betätigt.

### Immer noch feierlich und Bergarbeiterentlassungen

Möln, 4. Mai. Infolge der weiter verschlechterten Abfahrlage für Kohlen, die von 50 auf 40 Prozent gesunken ist, entläßt die Verwaltung der Zeche „Weißhofen“ zum 1. Juni erneut 255 Mann. Es handelt sich um 190 Untertage- und 65 Oberbergarbeiter. Es sollen ferner in Zukunft nur noch 26 Feiertagsarbeiten verfahren werden, wobei noch immer mit der Einlegung von drei Feiertagsarbeiten gerechnet werden kann.

### Massenentlassungen im Bremer Tabakgewerbe

Bremen, 5. Mai. Unter Berufung auf die neue Tabakverordnung des Reichsfinanzministers haben die Großbetriebe des bremischen Tabakgewerbes 2000 Arbeiter und Angestellte entlassen. Weitere Entlassungen sollen bevorstehen.

### Arbeiterinternationale und Zollunion

Ueber die am 3. und 4. Mai 1931 stattgefundenen Beratungen des Erweiterten Büros der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Zürich wird folgendes Communiqué ausgegeben:

Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat die Lage, die durch den zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossenen Vorvertrag über eine Zollunion entstanden ist, geprüft. Es hat festgestellt, daß die sozialistischen Parteien der beteiligten Länder darin einig sind, im Interesse des Volkswohls ihre Bemühungen um eine Lösung des Konflikts fortzusetzen, die mit den Interessen der Arbeiterschaft und der Würde der Länder vereinbar ist. Die Internationale wird dahin wirken, aus dem Konflikt selbst eine neue Ordnung der europäischen Wirtschaftsprobleme hervorzugehen zu lassen, die zur Herabsetzung der Zolltarife und zur Beilegung der Hemmnisse des internationalen Warenaustausches zu führen vermag. Zu diesem Zwecke werden die Parteien in ständiger Fühlung bleiben und das Büro wird binnen kurzem neuerdings zusammenzutreten, um die Beratung fortzusetzen.

### Spaniens Innenminister zurückgetreten

Madrid, 5. Mai. (Hundst.) Der spanische Innenminister Maura hat am Montag seinen Rücktritt erklärt. Er begründet diesen Schritt damit, daß er sich mit der nachrichtigen Politik des Präsidenten der provisorischen Regierung Zamora gegenüber der totalitären Unabhängigkeitsbewegung keineswegs einverstanden erklären könne.

### Straßenkämpfe in Honduras

Neuzorf, 5. Mai. (Hundst.) Die Kämpfe in Honduras zwischen Aufständischen und regierungstreuen Elementen, die bisher bereits 200 Menschen das Leben gekostet haben, blühen am Montag von neuem auf.

### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Verdigungszeiten. 2. Mai: Reinhold Schlegel, 67 Jahre alt, Vermaltungsdirektor a. D., Ehemann, Oskar Raab, 64 Jahre alt, Kaufmann, Ehemann, Emma Schnadenberg, geb. Walder, 52 Jahre alt, Witwe von Kurt Schnadenberg, Inszen. Feuerbestattung am 5. Mai, 10.30 Uhr. Luise Gremmelmaier, geb. Bölle, 87 Jahre alt, Witwe von Jakob Gremmelmaier, Seiner. Bestatter (Waldburg), Christof Knäbel, 52 Jahre alt, Amtsgerichtsdirektor, Feuerbestattung am 5. Mai, 12.30 Uhr. Friedrich Käß, 37 Jahre alt, Postler, Ehemann, Verdigungszeit am 5. Mai, 14.30 Uhr. — 3. Mai: Adolf Rindbergader, 68 Jahre alt, Bergbauingenieur, Ehemann, Verdigungszeit am 5. Mai, 15.30 Uhr. Josephine Rums, geb. Hartmann, 53 Jahre alt, Witwe von Karl Rums, Bau-Ing. Verdigungszeit am 5. Mai, 14.30 Uhr. Anna Böller, geb. Bader, 57 Jahre alt, Ehefrau von Bernhard Böller, Schreiner (Waldg), Verle Korn, geb. Cebrau, 69 Jahre alt, Ehefrau von Franz Korn, Landwirt (Ettlingen).

mand besonders herausgreifen. Alle, von der Musikkapelle bis zum Festredner, gaben ihr Bestes und verdienen uneingeschränktes Lob. Solch eine Harmonie kann auch nur da herrschen, wo man nicht aus Haß gegen den Bruder eine politische Ueberzeugung hat, sondern aus Liebe zu seiner Sache. Die Arbeiterjugend, die unter der nimmerermüden Leitung unseres Parteivorstandes Gen. Wagner, der übrigens am Gesamtgelingen der Feier keinen geringen Anteil hat, die ersten und gleichseitig guten Proben ihres Könnens gab, wird sich bei dieser Gelegenheit hoffentlich unter der anwesenden Jugend recht viele Freunde erworben haben. Wir können die Feder nicht besette legen ohne die Tatsache zu registrieren, daß neben einer Majorennennung am gleichen Abend auch die SPD, eine eigene Maifeier am Ort veranstaltete. Früher noch am Bestenstande der „Einheitsfront“ drängte diese Partei förmlich zu gemeinsamen Feiern mit uns. Dieses Jahr haben sie ein Flugblatt zum 1. Mai heraus unter anführen des sozialdemokratischen „Sünderrealismus“, um am Schluß mit echt sozialistischem Tone auf „berühmter Plattform“ auszurufen: „Mit einer Partei, die so die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, kann man keinen 1. Mai begehen.“ Nun, die Turnhalle, deren Räumlichkeiten auch unsere Söllinger Kommunisten kennen, war voll und dies ist für eine Genugtuung und die beste Antwort an unsere „Freunde“ von links.

# Für die neue Wohnung!

## Billige Lampen

Speisezimmer-Lampe mit Seidenschirm . . . . .	10.50	Herrenzimmer-Krone 3flammig, verchromt, mit Unt.-Schale	56.—
Speisezimmer-Lampe mit Ob.-Beleuchtung und Schirm . . . . .	22.50	Herrenzimmer-Krone 5flammig, braun . . . . .	49.—
Wohnzimmer-Lampe m. Ob.-Beleuchtung, mess. pol., m. Schirm	36.—	Schlafzimmer-Ampel sparte Farben . . . . .	12.50
Herrenzimmer-Krone mit Unt.-Schale, 3flammig . . . . .	32.50	Schlafzimmer-Schalen moderne Decors . . . . .	8.95
Herrenzimmer-Krone 3flammig . . . . .	24.50	Nachtisch-Lampen mit Seidenschirm . . . . .	5.25
Speisezimmer-Krone mess. pol., 3flammig . . . . .	37.50	Nachtisch-Lampen mit Papierschirm . . . . .	1.25

Garten-Geräte  
Garten- u. Verandamöbel  
in reichster Auswahl und sehr billig!

**KNOPF**





# Groß-Karlsruhe



### Geschichtskalender

5. Mai, 1789 Beginn der großen französischen Revolution. — 1818 Karl Marx. — 1871 Rosa Luxemburg. — 1898 Arbeiterorganistator Stephan Born. — 1921 Ultimatum der Entente. — 1926 Flugzeugordnung, Konflikt. — 1930 Gandhi in Karadi verhaftet. Unruhen in Indien.

### Umbau des Mendelsohnplatzes

Wie aus einer Stadtratvorlage an den Bürgerausschuß zu ersehen ist, ist zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse ein Umbau des Mendelsohnplatzes geplant, der u. a. eine Abschrägung der Ede Stein- und Kronenstrasse erfordert. Die Grundstückseigentümergeinschaft, die israelitische Gemeinde, hat sich zur Abtretung der künftigen in den Platz fallenden Fläche bereit erklärt. Die Stadt erwirbt von der israelitischen Gemeinde Karlsruhe das Teilgrundstück Qd. Nr. 1484/1 mit 49 Quadratmeter. Als Gegenleistung verzichtet die Stadt auf einen Betrag von 930 M., der nach einem Vertrag vom 10. Juli 1885 von der israelitischen Gemeinde an die Stadt zu bezahlen ist, sobald auf dem Grundstück Qd. Nr. 1484 (fr. Spital) ein Neubau errichtet und dabei das Widerlager des Landgrabengewölbes zur Fundation benötigt werden sollte. Entlang dem Grundstück der israelitischen Gemeinde führt parallel zur Steinstraße der Landgraben, dessen Fläche j. 3. nach erfolgter Ueberwälzung genau wie an die anderen Anlieger der Steinstraße auch an die israelitische Gemeinde abgetreten worden ist. Im Abtretungsvertrag ist bestimmt, daß der Eigentümer den Betrag von 930 M. an die Stadt abzuführen hat für den Fall, daß er unter Nutzung der Landgrabengrablage für einen Erweiterungs- oder Neubau diesen auf das Landgrabengewölbe als Fundament aufsetzen würde. Diese Verpflichtung ist nach dem genannten Vertrag auch auf einen etwaigen Rechtsnachfolger zu übertragen, andernfalls die Stadt Anspruch auf Rückübertragung des Grundstücks erheben kann.

Ein Neubau der israelitischen Gemeinde scheint für absehbare Zeit nicht in Frage zu kommen. Auch steht nicht fest, daß im Falle eines Neubaus das Landgrabengewölbe in Anspruch genommen werden würde. Demgegenüber hat der absetzende Grundstücksteil von 49 Quadratmetern doch seinen ganz bestimmten Wert. Es kann dafür also wohl unbedenklich der von der Gegenseite gewünschten Bereinigung des Vertrags vom Jahr 1885 zugestimmt werden.

### Straßen- und Kanalneubauten

Dem Bürgerausschuß sind folgende Vorlagen zugegangen: 1. Die Dialektstrasse zwischen Rosenweg und Kraußgasse und das Teilstück der Herrenalber Straße zwischen Dialektstrasse und Tulpenstrasse sind ortsbauunmäßig zu beurteilen. 2. Zur Deckung des entstehenden Aufwandes von 144 100 RM. obliegt der für vorbereitende Erdarbeiten im Weg der Beschäftigung von Wohlfahrtsberufslosen aus Wirtschaftsmitteln schon geleisteten 15 000 RM., also 129 100 RM. Sie werden mit Verwendungsfreit von 2 Jahren Anlebensmittel zur Verfügung gestellt, von denen der auf den Straßen- und Kanalbau entfallende Teil von 106 600 RM. darlehensweise der Fondsstelle zu entnehmen ist. 3. Der der Fondsstelle zu entnehmende Betrag von 106 600 RM. ist dieser zu erlösen: a) aus den eingehenden Anliegerbeiträgen mit schätungsweise 80 500 RM., b) aus der Wirtschaft der Rest mit ungefähr 26 100 RM. im 10 gleichen Jahresraten, beginnend mit dem Jahre 1932. 4. Zur Aufnahme des nicht der Fondsstelle zu entnehmenden Anliegersbeitrags von 22 500 RM. und zur Vereinbarung der Bedingungen wird der Stadtrat ermächtigt.

Der Begründung entnehmen wir: Die Evangelische Dialektstrassenanstalt Karlsruhe hat die Absicht, in Bälde an die Errichtung des neuen Krankenhauses auf dem von der Domäne und der Stadt erworbenen Gelände an der Dialektstrasse im Stadtteil Ruppurr zu gehen. Zu dem Baugelände muß zuvor eine Zufahrt geschaffen und gleichzeitig für Entwässerungsmöglichkeit und für Anschluß an Gas, Wasser- und Stromnetz gesorgt werden. Die Dialektstrasse ist nur zu einem Teil ausgebaut. Sie muß sowohl verlängert als auch durch den Ausbau eines Teilstücks der Herrenalber Straße mit einem Anschluß an die Tulpen- und Kattstrasse versehen werden. Der Ausbau der Zufahrt ist unumgänglich notwendig. Ueber die Gartenstadtstraßen kann die Zufahrt nicht genommen werden, da diese Straßen einen so schwachen Unterbau haben.

Die Bauten erfordern einen Gesamtaufwand von 144 100 RM. Von diesem Betrag sind bereits 15 000 RM. aufgewendet, und zwar für die vorbereitenden Erdarbeiten, die zur Beschäftigung von 109 Wohlfahrtsberufslosen unternommen und auf ordentliche Voranschlagsmittel des Rechnungsjahres 1930, Teil 64, Konto Nr. 6385, verrechnet worden sind. Neu aufzuwenden sind also noch 129 100 Reichsmark, wovon 106 600 RM. auf Straße und Kanal, 22 500 Reichsmark auf die Gas-, Wasser- und Stromversorgung entfallen. Der Aufwand für die Versorgungsleitungen (Nehrerweiterung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke) von 22 500 RM. soll aus Anlebensmitteln bestritten werden. Der Rest mit 106 600 RM. ist vorläufig der Fondsstelle zu entnehmen. Die Fondsstelle erhält den größten Teil dieses Betrages, nämlich 80 500 RM., aus Anliegersbeiträgen im Verlaufe der nächsten Jahre zurück. Die noch fehlenden 26 100 RM. muß die Wirtschaft in den nächsten 10 Jahren aufbringen und der Fondsstelle wieder zuführen.

### Maifeier der religiösen Sozialisten

Die starke Verbundenheit der religiösen Sozialisten mit den schweren Problemen und Nöten der Gegenwart zeigte sich auch in der diesjährigen Maifeier, die der Auseinandersetzung und Bewandlung der Kirche gegenüber der drückenden Last der Arbeitslosigkeit galt. Die Feier fand wie alljährlich in der evangelischen Stadtkirche statt, die von dem in diesen Tagen 60 Jahre alt gewordenen Architekten Birch im Sinne Weimanns, ihres Grunderbauers, renoviert worden ist. Wiederum hatte der Bund religiöser Sozialisten ein künstlerisch wertvolles Programm aufgestellt, zu dessen Gelingen der Arbeiterverein, der Arbeiterklub mit Chören von Hübner und Schuberer und Kirchenmusikdirektor Vogel durch stimmungsvolle Interpretationen auf der Orgel beizutragen. Staatschauspieler von der Tugend sprach mit ergreifender Berührung von Urgründe und auftrübende Werke von Verich, Jersch und Gnaelle. Gen. Pfrarrer Kappes hatte seiner inhaltstreichenden, dem Verständnis und der Aufnahmefähigkeit seiner Hörer angepassten Predigt das Gleichnis Jesu von den Arbeitern im Weinberg zur Grundlage gelegt. In modernem sozialistischem Sinne bedeutet, erweitert sich dieses Gleichnis zu einer Offenbarung von tiefem sozialistischen Gehalt. Der Herr des Weinbergs, der seine Arbeiter

## Grundbesitzwechsel u. Hypothekenverkehr im 1. Vierteljahr 1931 in der Stadt Karlsruhe

Im 1. Vierteljahr 1931 wurden 153 (1. Vierteljahr 1930: 160, 1. Vierteljahr 1931: 245) Liegenschaften im Gesamtwert von 2 Millionen Mark (3,3 bzw. 4,3 Millionen Mark) umgekauft. Davon waren verkauft 124 (131 bzw. 130) Liegenschaften im Gesamtwert von 1,7 Millionen Mark (2,9 bzw. 3,5 Millionen Mark); von diesen Verkäufen entfallen 38 (45 bzw. 29) mit einem Wert von 1,6 Millionen Mark (2,6 bzw. 1,4 Millionen Mark) auf bebauten und 86 (86 bzw. 107) Liegenschaften mit einem Wert von 0,1 Millionen Mark (0,3 bzw. 0,4 Millionen Mark) auf unbebauten Grundstücken. Letztere hatten eine Gesamtfläche von 577 Ar (1793 bzw. 583 Ar).

Von den durch Kauf umgekauften bebauten Grundstücken wurden bezahlt 3500—70 000 Mark. Wie weitere Grundstücke erließen noch höhere Beträge. Im Durchschnitt kostete ein verkaufte bebauten Grundstück 41 292 Mark (1930: 37 197 Mark, 1929: 39 496, 1928: 37 944, 1927: 34 023 Mark und 1913: 49 828 Mark).

Der Preis der verkauften unbebauten Grundstücke (einschließlich der zu Straßenzwecken usw. verkauften Grundstücke) betrug 900 Mark bis 7200 Mark. Im Durchschnitt kosteten 100 verkaufte Quadratmeter unbebauten Grundstückes 280 Mark (1930: 523 Mark, 1929: 658 Mark, 1928: 700 Mark, 1927: 571 Mark und 1913: 730 Mark).

11 Liegenschaften (1930: 9, 1929: 10, 1928: 2, 1913: 32) wurden mangelsweise verkauft mit einem Versteigerungserlös von 179 000 Mark (225 000 Mark, 370 000 Mark, 28 000 Mark bzw. 945 000 Mark).

Hypothekeneintragungen erfolgten in 458 Fällen (1. Vierteljahr 1930 in 504 und 1. Vierteljahr 1931 in 187 Fällen), im Gesamtwert von 5,9 Millionen Mark (8 bzw. 8,8 Millionen Mark). Davon entfallen 419 (423 bzw. 140) mit einem Betrag von 5,1 Millionen Mark (7,3 bzw. 3 Millionen Mark) auf bebauten und 39 (31 bzw. 57) mit einem Betrag von 0,8 Millionen Mark (0,7 bzw. 0,8 Millionen Mark) auf unbebauten Grundstücken.

Soweit der Zinssfuß ermittelt werden konnte, erfolgte die Vergütung der Hypothekengelder vorwiegend zu einem Zinssfuß von 4 bis 15 Prozent. In der Ueberhöft sind deutlich 3 Zinssfußstufen zu erkennen, nämlich die Stufe bis einschli. 7 %, über 7 bis einschli. 10 % und die über 10 %.

In die erste Stufe fallen 34 % der Fälle und 34,7 % der Beträge, in die zweite 45,3 % der Fälle und 53,3 % der Beträge, in die dritte 20,7 % der Fälle und 12 % der Beträge. Die 2. Stufe (über 7 bis 10 %) enthält also nahezu die Hälfte aller neu eingetragenen Hypothekeneinträge und etwas mehr als die Hälfte aller neu eingetragenen Beträge (1930: 48 % der Fälle und 53,3 % der Beträge). Weniger sind dagegen die Unterschiede gegenüber dem 1. Vierteljahr 1930 in den beiden anderen Zinssufen. Gefunten ist nämlich der Anteil der höchsten Zinssufen von 21,6 % der Fälle und 18,5 % der Beträge auf 20,7 % bzw. 12 %. Größer als diese Abnahme ist umgekehrt die Zunahme in der niedrigsten Zinssufe, in der der Anteil der Fälle von 30,4 % auf 34 % und der der Beträge von 28,2 % auf 34,7 % stieg. Im 1. Vierteljahr 1931 aber waren 75,9 % der neu eingetragenen Fälle mit 83,7 % des Gesamtbetrages, im 1. Vierteljahr 1930: 20,4 % der Fälle und 19,2 % des Betrages, 1913 aber nur 1,5 % bzw. 1,8 %.

Bei diesen Mitteilungen über den Zinssfuß sei noch einmal darauf hingewiesen, daß bei einem großen Teil der Neubestellungen (1931 etwa 23 %) der Zinssfuß nicht bekannt ist. Neben sei auch, daß es sich bei allen diesen Ziffern nur um den Zinssfuß bei Eintrag der Hypothek handelt, daß aber in sehr vielen Fällen ein je nach dem Reichsbankdiskont schwankender Zinssfuß vereinbart ist. Unbekannt war der Zinssfuß im 1. Vierteljahr 1931 bei 105 Hypotheken mit 0,9 Millionen Mark. Fast die Hälfte dieser Fälle betreffen Grundschulden, nämlich 50 mit 0,7 Millionen Mark. Insgesamt umfassen die Grundschulden 29 % aller neu bestellten Hypotheken mit 32,8 % des Gesamtbetrages, im 1. Vierteljahr 1930: 20,4 % der Fälle und 19,2 % des Betrages, 1913 aber nur 1,5 % bzw. 1,8 %.

Vöschungen an Hypotheken fanden in der Berichtszeit 359 statt (im 1. Vierteljahr 1930: 290, 1. Vierteljahr 1931: 265) im Gesamtbetrag von 2,2 Millionen Reichsmark (2,6 Millionen Reichsmark bzw. 3,1 Millionen Mark).

Die Eintragungen übertrafen die Vöschungen der Zahl nach um 99 Fälle (1. Vierteljahr 1930: um 214) und dem Betrage nach um 3,8 Millionen Mark (5,4 Millionen Mark). Demgegenüber im 1. Vierteljahr 1913 die Zahl der Vöschungen um 68 größer als die der Eintragungen, aber dem Betrage nach waren die Eintragungen um 0,6 Millionen Mark größer. Stadt, Stat. Amt.

Am 15. Mai 1931 wurde die Anstalt durch eine religiöse Feierlichkeit eröffnet. Bei der Eröffnung wurden zwei Pirinderinnen und acht alte Männer, die zusammen 728 Jahre sählten, aufgenommen. Die Zinsen einer besonderen Stiftung, die in den feierlichen Jahren die Erben Grisesbachs machten, sollten jährlich an seinem Geburtstage zur Vereinnahmung eines besonderen Mittagmahles und zur Anschaffung kleinerer Bedürfnisse für die würdigen der armen Inassen verwendet werden.

Voraussetzung für die Aufnahme in das Pirinderhaus war ohne Unterschied der Religion und des Standes, lediglich Unterhaltbarkeit und ein gewisses Alter (60; Frauen 65 Jahre). Auch sollten in der Regel nur Karlsruher beizufähigt werden. Nach der Höhe der Beiträge für die Versorgung wurden zwei Klassen der scheidenden Pirinder unterteilt. Daneben belichen ein 'ae' Freizeitplätze.

Die diese Wohltätigkeitsanstalt sich entwickelt hat, ersehen wir daraus, daß die Anzahl der Inassen heute auf 110 angediehen ist. Meistens Leute von 60 bis 90 Jahren, vorwiegend weibliche Personen. Die Rechnungsführung liegt gegenwärtig in den Händen des Herrn Verwalters Hans a. S. Eine Obermeister betreut die wirtschaftlichen Angelegenheiten. An der Spitze der Küche steht ein Küchenmeister. Weiter sind noch zwei Schweltern, Hauspersonal, Heizer, Gärtner, Haus- und Küchenmädchen vorhanden, die für die Bequemlichkeit sorgen. Alles in allem zählt das Personal 20 Köpfe. Die Inassen erhalten volle Verpflegung, einschließlich Licht und Heizung, freie Wäsche und freie ärztliche Behandlung.

Ein aus 12 Damen und Herren gebildeten unabhängigen Verwaltungsausschuß, dessen Mitglieder unentgeltlich die Geschäfte des Verwaltungsrates selbst schon seit einer Reihe von Jahren des Direktors Leopold Steinel.

Durch die Inflation sind der Anstalt fast unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen, so daß sich wohl manches an dem Begründungsplan ändern mußte. Und doch machten sich Verbesserungen und Erweiterungen notwendig, ebenso mußten die Zimmer zeitlichvergehend umgestaltet werden. Zentralheizung und der Einbau von Wärmern waren erforderlich.

Zwei große Spezialfälle und ein Musiksaal mit einem Radioapparat wurden geschaffen.

Gegen monatliche Zahlung eines bestimmten Betrages oder gegen eine entsprechende Kapitalrente können Leute, die sich von den Mühen des Lebens ausruhen wollen, Aufnahme finden.

Es wäre jetzt nur noch zu wünschen, daß dieser Anstalt willige Ohren nicht und demütigen Leuten die Herzen und — die Geduld beutet öffnet, damit diese Anstalt weiterhin ihr wofühliges Werk fortsetzen kann.

Ein würdevolles Begehen des Tages sollte den Inassen die Teilnahme der Karlsruher Bürger beweisen. Fritz Messer, Karlsruhe.

(3) Im goldenen Jubeljahr. Die Eheleute Heinrich Durr, I. d. S. Metzger, können heute das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Beide Ehegatten erfreuen sich körperlich und geistiger Gesundheit und sind im Tag im Geschäfte tätig. Herr Durr hat sich auch das älteste Mitglied der Karlsruher Regierung.

(4) Silbernes Jubiläum. Am heutigen Dienstag ist es den Eheleuten Johann Jungblut und Frau, Dachbederger, verdröhnt, das Fest der Silbernen Hochzeit zu feiern. Dem Jubelpaar die herzlichsten Glückwünsche und ein Glück auf zum „Goldenen“.

Achtung! Hausangehelligkeitsversammlung! Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, findet im Lokal zur „Gambirushalle“ eine Hausangehelligkeits-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Berichterstattung der 3. Reichstageskonferenz in Nürnberg, Referent: Kollegin Wagner. Anschließend gemütliches Beisammeln mit Unterhaltungsprogramm. Hierzu laden wir die Hausangehelligkeits- sowie die Töchter der Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder freundlich ein mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung. Geschieht sind willkommen.

(5) Postleekverkehr beim Postleekamt Karlsruhe. Der Umfang des Verkehrs beim Postleekamt Karlsruhe betrug im Monat April 1931: Zahl der Postleekkunden Ende April 1931: 44 751. Zahl der Postleekkunden Ende März 1931: 44 706. Mitbin ist ein Zuwachs im April von 45 Postleekkunden zu verzeichnen. Auf den Konten sind im April aufgeführt 1 366 049 Guthabenen über 206 904 793 M., 941 855 Lastschriften über 206 075 306 M.; der Umsatz betrug demnach 2 307 904 Rubungen über 412 980 099 M., davon sind barablos beglichen 229 544 479 M. Durchschnitlliches tägliches Gesamtaufhaben 20 896 267 M. Im Ueberweisungsverkehr mit dem Ausland sind umgekauft 1 508 053 M.



Zur Südstadt-Werbe-Woche

Nur noch wenige Tage trennen uns von der Südstadt-Werbe-Woche, die am Samstag, den 9. Mai 1931 durch eine Veranstaltung der Bürgergesellschaft der Südstadt eingeleitet wird und sich über die ganze Woche bis Samstag, den 16. Mai, erstreckt.

Die am 9. Mai 1931 in den Tagesausgaben erscheinende Beilage wird neben den Inseraten bekannter Südstadtfirmer, illustrierte Aufsätze über die Entstehung der Südstadt, ihre heutige Gestalt, ihre Zukunft enthalten, die von allgemeinem Interesse sein dürften.

Daxlanden

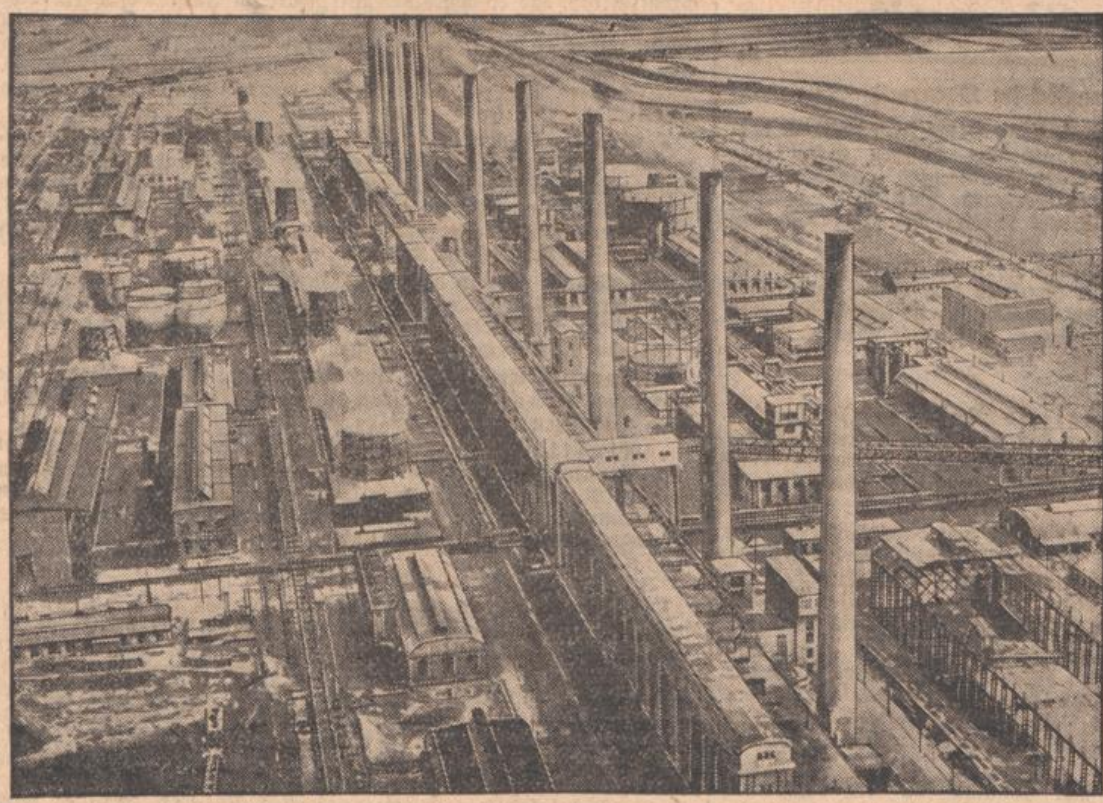
Maifeier. Am Samstagabend hielt der Bezirk Daxlanden der SPD im Volkshaus seine Maifeier ab. Die Veranstaltung, die ein ausgezeichnetes Programm aufzuweisen hatte, und von denen der bisherigen Maifeiern bedeutend abwich, hat allgemein einen guten Anfang gefunden.

Küppurr

Maifeier. Auf eine letzte schöne Feiertunde schauen die zurück, die der Einladung des Voss. Vereins Küppurr folgend abgelaufen sind. Am Sonntagvormittag versammelten sich im Volkshaus die Mitglieder der Partei, um die Maifeier zu feiern.

Lichtspielhäuser

Paul Whitemans „Jazzkönig“ in der Schauburg und den Palastlichtspielen. Paul Whiteman, der weltbekannte Jazzmeister, hat seinen „Jazzkönig“, eine Sompsonie der Farben und Töne, ein Kunstwerk, in die Form einer Revue gegossen, das bis jetzt in jeder Beziehung sowohl hinsichtlich der Pracht als auch der Darstellung und szenischen Plastik konkurrenzlos sein dürfte.



Spionage im Leunawerk, der größten deutschen Industrieanlage

echt amerikanische Romantik getaucht, die nur zu sehr schön ist. Man hat von Lichtreflexen häufig Gebrauch gemacht und farbige Verzerrungen erzielt. Besonders ist die Schönheit der Dekorationen, Reich und biederig sind die Töne, glänzend, wunderbar erklingend die Sorene weiß. Darsteller in ihren Songs, Kesslers, die stimmliche Nachahmung des Bass, werden sich wohl auch die Herzen im Sturm erobern.

Veranstaltungen

Streichkonzert im Stadtgarten. Mit Wirkung vom kommenden Mittwoch an werden die Freitag-Nachmittagskonzerte im Stadtgarten ihren Anfang nehmen. Die Mittwoch-Nachmittagskonzerte werden ausschließlich durch das Philharmonische Orchester und zwar sämtliche als Streichkonzerte ausgeführt.

Zusatzabend der Tanzschule. Am Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, wird Fräulein Elna Herrmann in diesem Jahre wieder ihren Zusatzabend im großen Konzerthaus veranstalten. Fräulein Elna Herrmann wird mit ihren 42 Schülerinnen etwas ganz Besonderes bieten. Aus dem Programm ist besonders hervorzuheben ein Tee-Puppen-Ensemble, die Garde-Offiziere sowie das große Solofinale.

Der Prinz von Wales spielt Johann Strauß zum Tanz. Der Prinz von Wales spielt Johann Strauß zum Tanz. Der Prinz von Wales spielt Johann Strauß zum Tanz. Der Prinz von Wales spielt Johann Strauß zum Tanz.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Ede Ariens- und Ritterstraße. Eine 15jährige Radfablerin mit einem Personentransportwagen zusammen. Die Radfablerin kam zu Fall und erlitt einen komplizierten Unterarmbruch, der ihre Aufnahme in das Diakonissenhaus erforderlich machte.

Festgenommen

wurde ein verbeizelter Gärtner aus Mühlburg, weil er kurz zuvor ein Damenrad entwendet hatte.

Bereit sein ist alles. Die neue Hausfrau sollte stets Maag's Pfeifendrüsenpulver vorrätig halten. Hat man keine selbstgemachte Pfeifendrüsenpulver, so kommt unerwartet Besuch, immer sind Maag's Pfeifendrüsenpulver gebrauchsfähig und helfen schnell aus der Verlegenheit.

Gemeindepolitik

Nachträge zur Abschaffung der Kernmittelfreiheit in Sagsfeld

Sagsfeld. Die Bürgervereinsung hat vor ungefähr zwei Wochen gegen die Stimmen der SPD und KPD, die Kernmittelfreiheit zu Fall gebracht und zwar leitens ihrer Fraktion einstimmig. Die Faltung der Bürgervereinsung in dieser Frage treibt nun schon nach zwei Wochen! — ganz sonderbare Blüten. Ein Mitglied der bürgerlichen Fraktion hat nämlich die Kernmittelfreiheit für seine Kinder beantragt, die er für die Allgemeinheit abgelehnt hat.

Aus der Stadt Durlach

Wiederholung der Jubiläumsvorankündigung des Volksfreunds am kommenden Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in der Festhalle Karlsruhe. Diejenigen unserer Abonnenten, die an der Veranstaltung teilnehmen möchten, wollen sich wegen Befreiung von Eintrittsarten an unsere Trägerinnen wenden.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Sozialdemokratische Bürgerauschubfraktion. Dienstag, 5. Mai, abends 7.30 Uhr, Fraktionsabend im Stadtratsgebäude.

Achtung! Parteifunktionäre der SPD. Achtung! Die Wiederholung des Volksfreunds-Festabends findet am Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, in der Stadt Festhalle statt. Eintrittsarten hierzu können beim Parteivorstandenden W. Koch, Sofienstraße 30, 2. St., gegen Vorzeigen des Parteibüchens von den Parteifunktionären in Empfang genommen werden.

Die auf heute Dienstagabend anberaumte Vorstandssitzung muss umständehalber auf morgen Mittwochabend 1/2 Uhr verlegt werden. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Bezirk Südstadt. Mittwoch, 6. Mai, abends 20 Uhr, im Lokal „Zur deutschen Eiche“ Bezirksversammlung mit Lichtbildervortrag des Genossen Vos „Der moderne Wohnungsbau in seiner kulturellen Bedeutung“.

Bezirk Altstadt. Mittwoch, 6. Mai, abends 20 Uhr, im Lokal „Zum König von Württemberg“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen W. Koch „Die politische und ökonomische Lage der Arbeiterklasse“.

Bezirk Beiertheim. Am Freitag, den 8. Mai, spricht im „Löwen“ in Beiertheim Gen. Farrer Rappes über „Kapitalismus — Nationalsozialismus — Christentum und Sozialismus“ in einer öffentlichen Versammlung. Wir bitten die Genossen, Freunde und Bekannte zu dieser Versammlung mitzubringen.

An die Bezirksfaktoren. Die Bezirksfaktoren werden ersucht, die Berechnung der Arbeitsbeiträge bis zum 10. Mai 1931 zu erledigen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Schuhportier. Dienstag, 5. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung im „Volkshaus“. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Dereinsanzeiger. Bis zu 4 Zeilen 20 Pfg. die Zeile. Vereinsanzeiger. Bis zu 4 Zeilen 20 Pfg. die Zeile. Vereinsanzeiger. Bis zu 4 Zeilen 20 Pfg. die Zeile.

Karlsruhe. Volkskingsakademie. Am Donnerstag, 7. Mai, abends 8 Uhr, im großen Festhalleaal Mitwirkung beim Volksfreundjubiläum. Erscheinen aller ist Pflicht.

Arbeiterkammer. Die Sänger und Sängerinnen nehmen am Donnerstagabend 1/2 Uhr die gleichen Plätze ein wie bei der ersten Feier. Um vollzähliges Erscheinen wird ersucht. Die Karnevalskomm.

Naturfreunde Küppurr. Dienstag, 20. Mai, Versammlung im Kindergarten. Bericht von der Gaukonferenz.



